

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Krim Krym Qırım

Alim Aliev

ZWISCHEN ANGST
UND WIDERSTAND.
LEBEN AUF DER KRIM

Gwendolyn Sasse

REKONSTRUKTION
EINER ANNEXION

Nikolai Klimeniouk

GIBT ES EIN RUSSLAND
OHNE KRIM?

Rory Finnin

DIE KRIM UND DIE
KRIMTATAREN

Bert Hoppe

SCHATTEN DER WELTKRIEGE.
DIE DEUTSCHEN UND DIE KRIM

Kerstin S. Jobst

KURZE GESCHICHTE EINER
BESONDEREN HALBINSEL

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**



Krim – Krym – Qırım

APuZ 6–8/2024

ALIM ALIEV

**ZWISCHEN ANGST UND WIDERSTAND.
LEBEN AUF DER KRIM**

Seit der Annexion der Krim 2014 versucht die russische Besatzungsmacht, die krimtatarische und ukrainische Identität der Bevölkerung systematisch durch eine neue zu ersetzen. Zehntausende haben die Halbinsel seither verlassen, Hunderttausende Russen sind zugezogen.

Seite 04–09

GWENDOLYN SASSE

REKONSTRUKTION EINER ANNEXION

Mit der Annexion der Krim verschoben sich die Grenzen des damals Vorstellbaren. Umso wichtiger ist es, die Erinnerung an die Abfolge der Ereignisse im Detail zu schärfen – nicht zuletzt, weil Unkenntnis einen fruchtbaren Nährboden für Mythenbildung bietet.

Seite 10–16

NIKOLAI KLIMENIOUK

GIBT ES EIN RUSSLAND OHNE KRIM?

Die Vorstellung, die Krim gehöre eigentlich zu Russland, hat sich auch nach der Unabhängigkeit der Ukraine gehalten. Heute bildet diese Erzählung die legitimatorische Grundlage für die russische Annexion der Halbinsel 2014. Ohne die Krim müsste sich Russland neu erfinden.

Seite 17–23

KARTE

Seite 24–25

RORY FINNIN

DIE KRIM UND DIE KRIMTATAREN

In der Geschichtsschreibung über die Krim wurden die Krimtataren lange Zeit vernachlässigt. Dabei sind sie von zentraler Bedeutung für die Vergangenheit und Zukunft der Halbinsel. Die Berücksichtigung ihrer Erfahrungen trägt dazu bei, die Krim zu dekolonisieren.

Seite 26–32

BERT HOPPE

SCHATTEN DER WELTKRIEGE.

DIE DEUTSCHEN UND DIE KRIM

Die Krim war in Deutschland lange vor allem als Tourismusdestination bekannt. Über die Geschichte der Halbinsel herrscht indes Unwissen, insbesondere über die deutsche Besatzung der Halbinsel im Zweiten Weltkrieg und die dabei verübten Massenverbrechen.

Seite 33–39

KERSTIN S. JOBST

KURZE GESCHICHTE

EINER BESONDEREN HALBINSEL

Die Krim war und ist kulturell divers, zu allen Zeiten multikonfessionell und heterogen. Ihre Geschichte verweigert sich daher allen exklusiven nationalen oder religiösen Versuchen der Einvernahme, wie sie zuletzt vor allem vonseiten Russlands gewaltsam durchgesetzt wurde.

Seite 40–46

EDITORIAL

Seit nunmehr zehn Jahren ist die Krim – auf Ukrainisch *Krym*, auf Krimtatarisch *Qırım* – von Russland annektiert. In direkter Reaktion auf die proeuropäischen Euromaidan-Proteste in der Ukraine und die Absetzung des damaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsch besetzten russische Spezialeinheiten Ende Februar 2014 die politischen Schaltstellen der ukrainischen Schwarzmeerhalbinsel und installierten kremltreue Statthalter. Bereits am 18. März verkündete der russische Präsident Wladimir Putin die „Wiedervereinigung“ mit der Krim. Vorausgegangen war ein eilig angesetztes Scheinreferendum für den Anschluss an Russland, das dem eklatanten Völkerrechtsbruch einen demokratischen und legalen Anstrich verleihen sollte.

Die Krim ist für beide Länder, die Ukraine und Russland, sowohl kulturell als auch strategisch von besonderer Bedeutung. Russland leitet seinen Anspruch vor allem historisch aus der Zeit des Zarenreiches und des Sowjetimperiums ab, wobei die Übertragung der Halbinsel von der Russischen in die Ukrainische Sowjetrepublik 1954 geflissentlich ausgeblendet oder als nicht rechtens abgetan wird. Ebenfalls häufig übergangen wird die Rolle der Krimtataren, die mit dem Krim-Khanat als einzige der heute noch dort ansässigen Volksgruppen bereits vom 15. bis ins späte 18. Jahrhundert einen eigenen Staat auf dem Gebiet hatten. Während die Krim in der seit 1991 unabhängigen Ukraine den Status einer Autonomen Republik hat(te), die den Krimtataren eine gewisse Selbstverwaltung ermöglichte, ist sie unter russischer Besatzung für viele von ihnen zu einem gefährlichen Ort geworden.

Inzwischen ist offenkundig, dass die Annexion 2014 nur der Anfang war: Vor zwei Jahren griff Russland die gesamte Ukraine an und unterstrich damit seine hegemonialen Ambitionen. Ein Ende des verlustreichen Krieges ist nicht absehbar, und somit ist auch eine Rückkehr der Krim unter ukrainische Verwaltung vorerst in weite Ferne gerückt. Für die Titularnation der Krimtataren bedeutet dies, dass ihre Angehörigen bis auf Weiteres wie Fremde im eigenen Land behandelt werden.

Johannes Piepenbrink

ESSAY

ZWISCHEN ANGST UND WIDERSTAND

Leben auf der Krim seit 2014

Alim Aliev

Am 3. März 2014 kommt der 39-jährige Krimtatar Reschat Ametow, der auf dem Bau und als Fahrer arbeitet, um 9 Uhr morgens auf den zentralen Platz von Simferopol gefahren. Noch immer trägt der Platz den Namen von Lenin, dem Führer des Weltproletariats. Ametow will vor dem Ministerrat, der wenige Tage zuvor von russischen Truppen besetzt wurde, eine Mahnwache für die territoriale Einheit der Ukraine abhalten. Kaum hat er seinen Posten bezogen, kommen drei Männer – zwei in Tarnuniform, einer in Zivil –, packen ihn bei den Armen, zerren ihn in ein Auto und fahren davon. Reschat wird nie wieder lebend gesehen. Am 15. März wird seine Leiche, von Folterspuren gezeichnet, in der Nähe des Dorfes Semljajnytschna 60 Kilometer von Simferopol entfernt gefunden. Der Kopf ist mit Klebeband umwickelt, die Handgelenke zeigen Spuren von Handschellen. Getötet wurde er durch einen Schuss ins linke Auge. Reschat Ametow war das erste zivile Opfer im Krieg Russlands gegen die Ukraine. An seiner Beerdigung auf dem Friedhof von Simferopol nahmen mehr als 2000 Menschen teil, er hinterließ drei Kinder. Dieser Mord war das erste Warnsignal für die Zivilgesellschaft auf der Krim und ließ erahnen, welche Methoden Russland dort anwenden würde.

Bereits eine knappe Woche zuvor, am 26. Februar, hatte der Medschlis, das höchste politische Gremium der Krimtataren, die Bewohner der Halbinsel zu einer Kundgebung gegen den Separatismus vor dem Regionalparlament der Krim aufgerufen. Denn dieses sollte an jenem Tag über die Ansetzung eines Referendums über die Loslösung der Krim von der Ukraine entscheiden. Knapp zehntausend Menschen folgten dem Aufruf, überwiegend Krimtataren und proukrainische Aktivisten. Die von anderen Teilen der Halbinsel nach Simferopol zu einer Gegendemonstration beorderten Vertreter prorussischer Organisationen brachten es nur auf wenige

Tausend Teilnehmer. Die geplante Plenarsitzung fand an diesem Tag nicht statt, sodass die proukrainischen Protestierenden die Demonstration mit einem Gefühl des Sieges verließen. Es war der letzte große Protest auf der Krim, dann kam die Besatzung.

Am 27. Februar 2014 um 5 Uhr morgens drangen die sogenannten „grünen Männchen“, schwer bewaffnete russische Militäreinheiten in grünen Uniformen ohne offizielle Hoheitsabzeichen, in das Parlament und den Ministerrat ein und besetzten die Gebäude. Damals sprach noch niemand von „Annexion“ oder „temporärer Besatzung“. Es kursierten widersprüchliche Informationen, die Abgeordneten des Regionalparlaments stimmten jedoch – unter Androhung von Gewalt – angeblich (das Wahlergebnis ist nirgends dokumentiert) für ein Referendum über die Ausweitung der Krim-Autonomie, sprachen dem Ministerkabinett das Misstrauen aus, setzten den amtierenden Ministerpräsidenten ab und ernannten den Vorsitzenden der bis dahin bedeutungslosen prorussischen Partei Russische Einheit, Sergej Aksjonow, zu seinem Nachfolger.

Ich erinnere mich noch sehr gut an diesen Morgen, als zwar keiner richtig wusste, was vor sich ging, aber allen klar war, dass Gefahr im Verzug ist. Ich rief also zwei enge krimtatarische Freundinnen an, mit denen ich während der Maidan-Protteste im Winter 2013/14 in Kyjiw oft zusammen gewesen war. Sie lebten jetzt in Lwiw und Kyjiw. Sewhil Mussajewa ist heute Chefredakteurin des größten ukrainischen Online-Mediums „Ukrainska Prawda“, und Tamila Taschewa ist die Ständige Vertreterin des ukrainischen Präsidenten auf der Krim. Wir beschlossen, eine Facebook-Seite einzurichten, auf der wir zeitnah und objektiv über die Ereignisse auf der Krim berichten wollten. Und wir hatten auch gleich einen passenden Namen parat: KrimSOS. Schon kurze Zeit später half die Organisation

Binnenflüchtlingen von der Krim und aus der Ostukraine, beobachtete die Menschenrechtslage auf der Halbinsel, unterstützte Familien von politischen Gefangenen und unabhängige Initiativen, die trotz des enormen Drucks der russischen Besatzungsbehörden vor Ort tätig wurden, bot juristische, soziale und psychologische Beratung an und setzte sich bei ukrainischen Behörden und im Ausland für die Belange der Krim ein. Seit Juli 2014 ist KrimSOS der geschäftsführende Partner des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge in der Ukraine.

In den ersten Besatzungstagen organisierte eine engagierte Gruppe von Bürgern ehrenamtliche Aktivitäten, bei denen Freiwillige unter anderem Essen, zum Beispiel Plow, zubereiteten und den ukrainischen Truppen, die von russischen Einheiten blockiert wurden, über den Zaun hinweg zukommen ließen. Am 8. März, dem Internationalen Frauentag, demonstrierten Zehntausende Frauen in knapp tausend Orten überall auf der Krim für die territoriale Einheit der Ukraine. Entlang von Straßen und Autobahnen bildeten sie lange Menschenketten, schwenkten ukrainische und krimtatarische Flaggen und skandierten Slogans für Frieden und Einheit. Die öffentlichen Kundgebungen für die Unteilbarkeit der Ukraine und gegen die Präsenz russischer Truppen auf der Krim wurden noch mehrere Wochen fortgesetzt, wobei die Zahl der Teilnehmer stetig stieg.

Am 16. März 2014 wurde unter Androhung von Gewalt das Referendum über den rechtlichen Status der Halbinsel abgehalten, dessen Ergebnis die allermeisten Staaten nicht anerkannten. Bereits am 18. März verkündete Wladimir Putin den „Anschluss“ der Krim an Russland. Daraufhin setzten Repressionen ein, ein weiteres Mal werden die Halbinsel und ihre Bewohner kolonialisiert.

Seither sind von ukrainischen Menschenrechtsorganisationen mehr als fünftausend Fälle von Menschenrechtsverletzungen registriert worden. Die Opfer sind zumeist Krimtataren oder proukrainische Aktivisten. Das Spektrum der Verstöße ist weit: Den Betroffenen wird das Recht auf Versammlungsfreiheit vorenthalten, sie werden in der Ausübung ihrer religiösen und nationalen Rechte beschnitten, es kommt zu zahlreichen Hausdurchsuchungen und Verschleppungen. Nach Angaben der Mission des ukrainischen Präsidenten in der Autonomen Republik Krim gibt es derzeit 186 ukrainische politische Gefangene auf der Krim, darunter 123 Krimtataren.

Die Menschenrechtsverletzungen sind jedoch nur das markanteste Zeichen der russischen Rekolonisierungsbestrebungen. Die Besatzung hat das Alltagsleben aller Krim-Bewohner – Russen, Ukrainer und Krimtataren – einschneidend verändert. Ob eine Person die russische oder die ukrainische Seite unterstützt, hängt jedoch nicht von der nationalen Zugehörigkeit, sondern von den Werten und Einstellungen des Einzelnen ab. Während manche sich die Sowjetzeit zurückwünschen, sich von der russischen Propaganda vereinnahmen lassen und auf den „Zaren mit der starken Hand“ setzen, der ihnen möglichst alle Verantwortung abnimmt, möchten andere, dass ihre Kinder in einer offenen demokratischen Gesellschaft und als Teil einer europäischen Familie leben können. Wie sich das Leben der Menschen auf der Krim im Zuge des massiven, von der russischen neokolonialen Politik ausgelösten Wandels verändert hat, werde ich im Folgenden schildern.

ZERSTÖRUNG DER KRIMTATARISCHEN INSTITUTIONEN

Die Krimtataren sind eines der drei Völker, die traditionell auf der Krim ansässig sind. Im Laufe ihrer Geschichte wurde die Halbinsel von verschiedenen ethnischen Gruppen besiedelt, unter anderem von Taurern, Skythen, Alanen, Griechen, Goten, Italienern, Türken und West-Kiptschaken. Vereint hat sie das gemeinsame Siedlungsgebiet – die Krim –, die krimtatarische Sprache, die zu den Turksprachen gehört, und die sunnitische Ausrichtung des Islam. Die Herausbildung des krimtatarischen Volkes fand ihren Abschluss mit Gründung eines eigenen Staates – des Khanats der Krim – im Jahr 1441, der bis zur Eroberung der Halbinsel durch die russische Zarin Katharina II. im 18. Jahrhundert Bestand hatte.

Als das Russische Reich 1917 zusammenbrach und die Region von Revolutionskriegen erschüttert wurde, kam es zum Versuch, die krimtatarische Staatlichkeit wiederherzustellen, als der Kurultai, die Volksversammlung der Krimtataren, einberufen und die Volksrepublik Krim ausgerufen wurde. Sie war die erste demokratische islamische Republik der Welt, deren Verfassung Frauen und Männern gleichermaßen das Wahlrecht gewährte. Bereits im Februar 1918 hielten jedoch die Bolschewiki auf der Krim Einzug und

setzten die Führer der krimtatarischen Republik ab, die infolgedessen aufhörte zu existieren.

Insbesondere der 18. Mai 1944 gilt als schwarzer Tag in der Geschichte der Krimtataren. An diesem Tag begannen die von Stalin angeordneten Deportationen, durch die innerhalb weniger Tage alle Krimtataren zwangsweise von der Krim nach Zentralasien, Sibirien und in den Ural umgesiedelt wurden. Nahezu die Hälfte überlebte die Deportationen nicht. Sage und schreibe 45 Jahre friedlichen Widerstand leisteten die Krimtataren während der Sowjetzeit, ehe sie die Erlaubnis bekamen, in ihre angestammten Gebiete zurückzukehren. Weder von der Sowjetunion noch von deren Nachfolgestaat Russland erhielten sie irgendeine Form von Entschädigung, Unterstützung oder auch nur eine Entschuldigung. Sie begannen bei null und wollten natürlich auch ihre demokratischen Institutionen wiederherstellen. 1991 trat der zweite Kurultai zusammen und setzte den Medschlis des Krimtatarischen Volkes ein, ihr höchstes Vertretungsorgan. Geleitet wurde er von Mustafa Dschemiljew, einem bekannten sowjetischen Dissidenten, der wegen seines gewaltlosen Kampfes für die Rechte der Krimtataren insgesamt 15 Jahre in sowjetischen Gefängnissen und Lagern gesessen hatte. 2013 übernahm sein Stellvertreter, Refat Tschubarow, das Amt. Bis zum Beginn der russischen Besetzung verfügte der Medschlis über ein umfangreiches Netz an Zweigstellen in Städten und Dörfern auf der gesamten Halbinsel.

Im April 2016 verboten die russländischen Besatzungsbehörden den Medschlis des Krimtatarischen Volkes und erklärten ihn zu einer extremistischen Organisation. Verboten wurde er indessen nicht, weil er tatsächlich extremistisch agiert hätte, sondern weil er sich öffentlich gegen die Annexion der Krim positionierte und für die territoriale Einheit der Ukraine eintrat. Mit dem Verbot des Medschlis sind die Krimtataren der russischen Verfolgung praktisch schutzlos ausgeliefert. Die führenden Köpfe der Krimtataren, Dschemiljew und Tschubarow, sowie weitere Volksvertreter wurden ins Exil gedrängt und dürfen nicht auf die Krim einreisen. Auch gegen die stellvertretenden Vorsitzenden des Medschlis wurde ein Strafverfahren eingeleitet: Achtem Tschijhos wurde verhaftet, und Ilmi Umerow wurde beschuldigt, die territoriale Integrität Russlands verletzt zu haben, verurteilt und zur Zwangsbehandlung in eine psychiatrische Klinik

eingewiesen. Durch die Vermittlung der Türkei kamen beide 2017 in einem Austausch frei und wurden nach Kyjiw gebracht.

Im Mai 2016 wurde Erwin Ibrahimow, der dem Medschlis von Bachtschissarai angehörte, von Unbekannten in russischer Polizeiuniform entführt. Er ist bis zum heutigen Tag verschollen. Im September 2021 wurde der Journalist und erste Stellvertreter des Medschlis, Nariman Dscheljal, der seit der Besetzung der Krim am deutlichsten seine Stimme für eine freie Krim erhoben hat, in Haft genommen. Inhaftiert wurden ebenfalls die beiden Brüder Assan und Asis Achmetow, die man während der ersten Tage in Isolationshaft folterte, um ihnen Geständnisse abzurufen. Gegen die drei wurde eine absurde Anschuldigung vorgebracht: Angeblich hätten sie einen Bombenanschlag auf die Gasleitung in einem Dorf auf der Krim verübt. Tatsächlich hielt sich Dscheljal an diesem Tag nachweislich in Kyjiw auf und nahm an einer Konferenz der Krim-Plattform teil. Die Krim-Plattform ist ein von der Ukraine initiiertes, dauerhaft agierender internationaler Verbund zur Beendigung der Krim-Besetzung. An der Konferenz nahmen 46 Delegationen von Staaten und internationalen Organisationen teil, darunter auch Präsidenten. Dscheljal wurde vom Besatzungsgericht der Krim zu 17 Jahren Haft verurteilt – das war Russlands Antwort auf sein Engagement bei der Krim-Plattform.

Die russländischen Behörden haben es auf die nationale und religiöse Identität der Krimtataren abgesehen, auch wenn die meisten Anklagen unter den Punkten „Terrorismus“ und „Extremismus“ erhoben werden. So wurden beispielsweise alle Mitglieder der Menschenrechtsinitiative Solidarität auf der Krim, in der sich zivilgesellschaftlich engagierte Journalisten, Anwälte und Angehörige politischer Gefangener zusammengeschlossen haben, um Aktionen und Hausdurchsuchungen des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB bei Krimtataren auf der Halbinsel publik zu machen, unter Berufung auf diese Straftatbestände verurteilt.

Als Gegengewicht zu den „nicht genehmen“ Institutionen und Persönlichkeiten wurden prussische Vereinigungen gegründet, die den Medschlis ersetzen und zu einer prussischen Stimme der einheimischen Bevölkerung werden sollten. Da sich die Krimtataren jedoch ihrer historischen Tradition demokratischer Herrschaft bewusst sind, ihre Erinnerung pflegen und Men-

schenwürde und Freiheit als zentrale Werte vertreten, haben sie sich diesen Organisationen nicht angeschlossen.

MILITARISIERUNG

Bis 2014 war die Krim das wichtigste Urlaubsgebiet der Ukraine. Jeden Sommer reisten Millionen von Erholungssuchenden dorthin. Die im Westen vom Schwarzen Meer und im Osten vom Asowschen Meer umschlossene Halbinsel ist berühmt für atemberaubende Landschaften, ihre Südküste mit tropischem und subtropischem Klima, eine besondere Flora und Fauna, Heilschlämme, auslesene Weine und Speisen sowie die einzigartige krimtatarische Kultur und Architektur. Sie war zudem Austragungsort für zahlreiche international renommierte Veranstaltungen, unter anderem „Kazantip“, ein Festival für elektronische Musik, die internationale Rallye „Prime Yalta Rally“ sowie die geopolitische Konferenz „Yalta European Strategy“, auf der führende Politiker und Experten die Zukunft der Ukraine und der Europäischen Union diskutierten.

Seit der Annexion können diese und andere wichtige Veranstaltungen nicht mehr auf der Krim stattfinden. Manche haben in einer anderen Region der Ukraine eine neue Heimat gefunden. Die Krim ist heute ein russischer Militärstützpunkt. Umfangreiche, zuvor eingemottete Militärtechnik aus der Sowjetzeit wird wieder in Betrieb genommen. Russland schickt militärische Ausrüstung, Truppen und Sicherheitsdienstler. Seit dem russischen Großangriff auf die gesamte Ukraine im Februar 2022 werden von der Krim permanent Raketen auf die Ukraine abgefeuert, die Halbinsel ist zu einem Aufmarschgebiet von Truppen für weitere Angriffe geworden.

Seit September 2022 versucht Russland zudem, Personen aus den besetzten Gebieten unter Zwang für die Armee zu rekrutieren. Am schlimmsten betroffen sind die Krimtataren: Im ersten Kriegsmonat gingen 90 Prozent aller Einberufungen an sie, obwohl sie nur 13,5 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Damit rächt sich die Besatzungsmacht für ihre proukrainische Haltung und ihr Streben nach Souveränität. Völkerrechtlich gesehen ist diese besondere Form der Repression ein Kriegsverbrechen. Laut Genfer Flüchtlingskonvention darf eine Besatzungsmacht Personen, die unter ihrer Obhut stehen, nicht zwingen, in ihren Streitkräften

oder Hilfstruppen Dienst zu tun. Dieses Verbrechen könnte zu einem erneuten Völkermord an der angestammten Bevölkerung der Krim führen. Russland schickt die Krimtataren in den Kampf gegen ihr eigenes Land sowie gegen andere Krimtataren, die in den ukrainischen Streitkräften kämpfen. Das ist der Versuch, die männliche Bevölkerung auszulöschen und die ansässige Bevölkerung ein weiteres Mal aus ihren Siedlungsgebieten zu vertreiben. Allein seit September 2022 haben Zehntausende Krimtataren die Halbinsel verlassen.

Besonders gefährlich ist die mentale Militarisierung, die bereits im Kindesalter beginnt. In den Kindergärten müssen die Kinder an sogenannten Gedenktagen Georgsbänder (schwarz-orange gestreifte militärische Abzeichen) und stilisierte Uniformen der Sowjetarmee tragen. Nach der 5. Klasse werden die Kinder gedrängt, der paramilitärischen Organisation Junarmija (Junge Armee) beizutreten, die bis Ende 2024 zehn Prozent aller Schüler in ihren Reihen versammeln will. Außerdem sollen Kadettenklassen eingerichtet werden, geplant sind 160 Klassen in 50 Schulen. In diesen Verbänden werden die russische Armee und der Krieg verherrlicht, die „russische Größe“ und das neue Heldentum beschworen, die Ukraine zum Erzfeind Russlands erklärt und die Besatzung der Halbinsel glorifiziert. Krimtatarische Kinder, die sich weigern, an derartigen Veranstaltungen teilzunehmen, werden benachteiligt und diskriminiert. Ja, bereits Kindergartenkinder werden schikaniert, wenn sie kein Familienfoto vom separatistischen „Krim-Frühling 2014“ vorweisen können.

BEVÖLKERUNGSUSTAUSCH

Nach Schätzungen ukrainischer Nichtregierungsorganisationen haben etwa 70 000 Einwohner als Folge der Besatzung die Halbinsel verlassen, mehr als die Hälfte davon Krimtataren. Viele Fachkräfte sind abgewandert. Gegangen sind vor allem die Leistungsträger, die ihre Tätigkeit unter der Besatzung nicht mehr fortsetzen konnten. Young Professionals, Studierende, Unternehmer, soziale und politische Aktivisten, Journalisten, Künstler und Pädagogen haben sich inzwischen in Kyjiw, Lwiw, Cherson, Dnipro und anderen Regionen der Ukraine, in anderen europäischen Ländern, in der Türkei oder Nordamerika ein neues Leben aufgebaut.

Aber es gibt auch einen gegenläufigen Trend. Die Halbinsel wird von Russen kolonisiert, die mit ihren Familien auf die Krim ziehen, darunter Militärs, Regierungsbeamte, Sicherheitskräfte, Geheimdienstmitarbeiter, Wirtschaftsvertreter und Rentner. Sie kaufen Wohneigentum oder erhalten es zu vergünstigten Bedingungen. Es gibt Sonderprogramme, die die Übersiedlung auf die Krim für bestimmte soziale Gruppen attraktiv machen soll, unter anderem für Landärzte und Dorflehrer. Heute beläuft sich die Zahl der Russen, die seit 2014 auf die Krim gezogen sind, nach Schätzungen der Ukrainischen Helsinki-Union für Menschenrechte auf bis zu 800 000, sie stellen mittlerweile ein Drittel der Gesamtbevölkerung.

In den vergangenen 240 Jahren hat Russland mit seiner imperialen Politik immer wieder versucht, die ethnische und religiöse Zusammensetzung der Krim-Bevölkerung zu verändern und die dort ansässigen Krimtataren zu verdrängen oder auszulöschen. 1783, vor der Annexion durch Katharina II., waren beispielsweise 95 Prozent der Bevölkerung der Halbinsel Krimtataren, heute sind es, wie gesagt, nur noch etwas über 13 Prozent.

SCHAFFUNG EINER NEUEN, KÜNSTLICHEN IDENTITÄT

Wenn sich die Identität eines Menschen verändert, ist dieser Wandel vielleicht nicht auf den ersten Blick sichtbar, aber er bestimmt künftige Verhaltensmuster. Auch Gruppen können einem solchen Wandel ausgesetzt sein, wenn man ihnen das Wertvollste – ihre Freiheit – nimmt und sie unterwirft und belügt. So verfährt Russland mit den Bewohnern der Krim, denn es empfindet ihre ausgeprägte ukrainische und krimtatarische Identität als bedrohlich.

Von Anfang an unterdrückte Russland die Meinungsfreiheit, um die Verbreitung von unabhängigen Informationen zu verhindern. Bis 2014 hatte es einen Boom krimtatarischer Medien gegeben, der maßgeblich zur Belebung der krimtatarischen Kultur beitrug. Hörer und Leser konnten zahlreiche Beiträge zu den unterschiedlichsten Themen in ihrer Muttersprache rezipieren. Gleichzeitig wurden ukrainischsprachige Medien gegründet, und die ukrainischen Leitmedien unterhielten Niederlassungen auf der Halbinsel. Nach 2014 mussten diese Medien aufgrund des umfassenden Drucks, der Repressionen ge-

gen Journalisten und des Entzugs von Sende- und Drucklizenzen durch die russische Regulierungsbehörde entweder nach Kyjiw übersiedeln, wie etwa der erste krimtatarische Fernsehsender ATR, die Schwarzmeer-TV- und Radio-Gesellschaft und die Nachrichtenagentur QHA, oder im Eigenverlag mit kleinen Auflagen und ohne Vertriebsnetz halblegal weiterarbeiten. Viele freie Journalisten haben die Halbinsel verlassen; wer geblieben ist, schreibt zumeist unter Pseudonym, andere haben ihren Beruf aufgegeben. Die Besatzungsbehörden haben inzwischen neue ukrainische und krimtatarische Medien ins Leben gerufen, die russische Propaganda verbreiten und auf Desinformation programmiert sind. Dies war der erste Schritt zur Isolierung der Halbinsel und zur Formung kremltreuer Untertanen.

Darüber hinaus setzt die russische neoimperialen Politik darauf, die historischen und kulturellen Bindungen der Krim an das ukrainische Festland zu zerstören und die Halbinsel in allen Belangen Russland zu unterwerfen. So wurde etwa der Besuch der Wahllokale bei der Wahl zu den Gemeinderäten der Russländischen Föderation überwacht. Auch werden den Bewohnern russische Pässe aufgenötigt. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt besitzen die meisten Krim-Bewohner zwei Pässe – den ukrainischen und den russischen –, da sie ohne Letzteren keine Sozialleistungen in Anspruch nehmen können. Sie werden zur Teilnahme an politischen Aktionen zwangsverpflichtet. Die Geschichte der Krim wird verzerrt dargestellt, der Schulunterricht ist von Propaganda geprägt.

In der Öffentlichkeit kursiert seit einiger Zeit der Begriff „Krimvolk“. Es ist der Versuch, alle auf der Krim lebenden Personen ungeachtet ihrer Herkunft unter einer Kategorie zusammenzufassen, um so den Mythos von der Krim als ewig russländisches Gebiet fortzuschreiben und der Selbstidentifikation der Krimtataren und Ukrainer etwas entgegenzusetzen. Ähnliche Narrative wurden bereits während der Sowjetjahre verbreitet. Seinerzeit sprach man vom „Sowjetvolk“, um die nationalen Eigenheiten der Völker zu verwischen, alle Spuren von Eigenständigkeit zu beseitigen und die Menschen zu einer leicht lenkbaren Masse zu machen, deren größte Gemeinsamkeit darin bestand, einen sowjetischen Pass zu besitzen.

Außerdem kommt es zur Auslöschung des kulturellen Gedächtnisses der Krimtataren, weil die historische Erinnerung und das materielle und

immaterielle Erbe zerstört werden, denn es steht dem Mythos von der russischen Krim im Wege. Äußerst prekär ist der Status des Krimtatarischen. Nach Angaben der Unesco droht die Sprache auszusterben. Seit der Besetzung der Halbinsel wurde der Krimtatarisch-Unterricht in den Schulen systematisch reduziert; derzeit haben nur noch drei Prozent der Schüler die Möglichkeit, die Sprache zu erlernen, und auch das nur fakultativ. Deshalb gründen Eltern nun Privatinitiativen, um Sprachkurse anzubieten. Andere vermitteln Krimtatarisch im Homeschooling. Noch schlechter ist es um den Ukrainisch-Unterricht bestellt. Seit dem Schuljahr 2023/24 wird Ukrainisch nicht mehr angeboten, nicht einmal als Wahlfach.

Ein Beispiel für die barbarische Zerstörung des materiellen Kulturerbes ist die Beschädigung des Khan-Palastes in Bachtschissarai. Der Palast ist ein Baudenkmal aus dem 16. Jahrhundert und ein wichtiges Symbol der krimtatarischen Identität. Während der Restaurierungsarbeiten, die bereits seit mehreren Jahren liefen, wurden historische Baumaterialien durch heutige ersetzt. So wurden zum Beispiel statt handgefertigter Dachziegel moderne Ziegel aus spanischer Serienproduktion angebracht, die Originalholzbalken wurden zerstört, und infolge zu schwerer Baugerüste ist in einer Fassade ein Riss entstanden.

Der russländische Repressionsapparat versucht sogar, den Krimtataren ihr Recht auf Erinnerung zu nehmen, indem er unter anderem das öffentliche Gedenken an die Opfer von Stalins Völkermord 1944 unterbindet. 2014 verboten die Besatzungsbehörden die Gedenkversammlung auf dem zentralen Platz von Simferopol, zu der traditionell jedes Jahr Krimtataren von der gesamten Halbinsel zusammenkommen. Die Kundgebungsteilnehmer mussten auf den städtischen Friedhof ausweichen, der von russischen Sicherheitskräften umstellt und von Hubschraubern überwacht wurde, deren Fluggeräusche die Gedenkredner übertönten. In den folgenden Jahren untersagten die Besatzer das öffentliche Gedenken an die Opfer des Völkermordes und warnten die krimtatarischen Aktivisten im Vorfeld vor den drohenden Konsequenzen jeglicher Art öffentlicher Gedenkaktivitäten.

Die wichtigste Kraft im Kampf gegen die Assimilierung der ukrainischen Gemeinde war seit dem Beginn der Besetzung die orthodoxe Kirche der Ukraine, die Menschen zusammenbrachte und Raum für den Erhalt von Sprache, Tradition

und Religion bot. Die Besatzungsbehörden verfolgten allerdings auch Priester und Gemeindeglieder. Sie verschleppten und folterten sie, beschlagnahmten das Eigentum der Kirche und ihre Gotteshäuser. Metropolit Klyment, der Vorsteher der Gemeinde, erklärte die Kirche zur ukrainischen Ortskirche, hielt Gottesdienste auf Ukrainisch ab und betete für die Ukraine. Doch seit 2023 existiert die Krim-Diözese praktisch nicht mehr, wegen der drohenden Einberufung zur Armee mussten alle Priester die Krim verlassen.

Seit Februar 2022 haben die sogenannten Krim-Gerichte 472 Bewohner der Krim wegen Verunglimpfung der russischen Armee zivil- oder strafrechtlich zur Verantwortung gezogen, weil sie ihre ukrainische Identität und ihre Antikriegshaltung öffentlich gezeigt haben – etwa durch das Tragen ukrainischer Symbole, das Singen der ukrainischen Hymne oder das Tanzen zu ukrainischen Liedern, das Aufbringen von Aufschriften wie „Mariupol“, „Butscha“ oder „Irpın“ auf Bänken in Sewastopol oder das Verteilen von Flugblättern zur Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte. Im Mai 2023 übergoss der Künstler Bohdan Sisa die Türen und die Fassade der Besatzungsverwaltung in Jewpatorija mit blauer und gelber Farbe. Daraufhin wurde er von russischen Sicherheitskräften entführt, gefoltert, eingesperrt und unter anderem des Terrorismus angeklagt. Ihm drohen 15 Jahre Haft.

Seit 2022 wendet Russland die auf der Krim erprobten Methoden auch in anderen besetzten Gebieten an, unter anderem in Saporischschja und Cherson. Trotz der Versuche Russlands, öffentliche Loyalitätsbekundungen der Krim-Bewohner zu erzwingen, hält ein großer Teil von ihnen an freiheitlich-demokratischen Grundwerten fest. Die Menschen hoffen weiter auf ein Ende der Besetzung. Sie finden Kraft, um auf vielfache Weise Widerstand zu leisten, damit sie in Zukunft wieder frei auf der Halbinsel leben können. Ausdruck dafür sind die krimtatarische und die ukrainische Flagge, deren beider Farben gelb und blau sind.

Aus dem Ukrainischen von Claudia Dathe, Frankfurt/O.

ALIM ALIEV

stammt von der Krim und ist Menschenrechtsaktivist, stellvertretender Direktor des Ukrainischen Instituts in Kyjiw und Mitglied des PEN Ukraine.

REKONSTRUKTION EINER ANNEXION

Fakten, Lücken und Mythen

Gwendolyn Sasse

Die Besetzung und die anschließende Annexion der Krim durch Russland im Februar und März 2014 trafen die ukrainische Regierung, die Krimbevölkerung sowie westliche Regierungen und Institutionen unvorbereitet. Auch für die Staatsbürger*innen der Russländischen Föderation kamen sie überraschend. Wie ihr Präsident Wladimir Putin später verlauten ließ, hatte es den detailliert vorbereiteten Plan schon länger gegeben, aber die Geschwindigkeit, mit der die territoriale Integrität der Ukraine unterminiert wurde, überstieg den Vorstellungshorizont der Allermeisten. Die Dichte der Ereignisse ab November 2013 engte den Handlungsspielraum der politischen Akteur*innen, die der fatalen Entwicklung etwas hätten entgegensetzen können, täglich weiter ein.

Mit der Besetzung und Annexion der Krim verschoben sich die Grenzen des Vorstellbaren. Umso wichtiger ist es, die Erinnerung an die Abfolge der eng getakteten Ereignisse im Detail zu schärfen⁰¹ – nicht zuletzt, weil Unsicherheit und Unkenntnis einen fruchtbaren Nährboden für Mythenbildung bieten und den Resonanzraum für Desinformation vergrößern. Das Kremlin-Narrativ, dass Russland von der russischen beziehungsweise russischsprachigen Bevölkerung der Krim um Hilfe gebeten wurde, da sie sich im Zuge der Euromaidan-Proteste Diskriminierung oder Repressionen ausgesetzt sah, und der Eindruck, dass es auf der Krim eine konstante prorussische Mobilisierung gegeben hätte, gehören zu den eklatantesten Fehlannahmen, denen eine verschwommene Chronologie Vorschub leistet. Darüber hinaus zeugt die auch im Westen verbreitete Annahme, dass Russland einen historischen Anspruch auf die Krim habe, von der Reichweite imperialer Denkmuster: Diese wurden und werden über die Politik, Geschichtsschreibung und Kultur des Zarenreichs, der Sowjetunion und des heutigen Russlands transportiert und ganz offensichtlich auch außerhalb Russlands rezipiert und gespiegelt.⁰²

In Russlands Krieg gegen die Ukraine, der 2014 mit der Krim-Annexion begann, sich mit Russlands Krieg im Donbas fortsetzte und ab dem 24. Februar 2022 in der vollumfänglichen Invasion kulminierte, spielt der Systemkonflikt zwischen Autoritarismus und Demokratie eine zentrale Rolle: Im Sinne des Selbsterhalts versucht das autoritär regierte Russland zu verhindern, dass sich die Ukraine zu einer erfolgreichen und nach Westen orientierten Demokratie entwickelt.⁰³ Die politische Spitze Russlands nutzte ein Zeitfenster in der unübersichtlichen Endphase der Euromaidan-Proteste im Winter 2013/14, um die politischen Entwicklungen in der Ukraine zu stoppen. In der Erwartung eines schnellen Sieges spiegelte sich darüber hinaus eine typisch imperiale Arroganz und Ignoranz des ehemaligen Zentrums gegenüber der Peripherie wider. Die Annexion der Krim war Russlands direkte Antwort auf die Massenproteste und den Regimewechsel, den diese eingeleitet hatten.

VOM EUROMAIDAN ZU JANUKOWYTSCHS ABSETZUNG

Der Euromaidan oder die „Revolution der Würde“ – so die in der Ukraine geläufige Bezeichnung – beschreibt die monatelangen Proteste in Kyjiw und anderen Städten der Ukraine gegen den damaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsh und die Korruption, die sich mit seiner Amtsführung verband.⁰⁴ Auslöser war die kurz vor dem EU-Gipfel in Vilnius im November 2013 getroffene Entscheidung Janukowytshs, das bereits ausgehandelte Assoziierungsabkommen mit der EU nicht zu unterzeichnen und stattdessen, für Subventionen und Extrazahlungen aus Moskau, die Beziehungen zu Russland zu vertiefen.

Der friedliche Protest begann am 21. November 2013 auf dem zentralen Platz der Unabhängigkeit in Kyiw, dem Maidan Nesalesschnosti.⁰⁵ Er wuchs aus der Mitte der Gesellschaft heraus zu ei-

nem Massenprotest heran. Das Regime versuchte, ihn mit Polizeigewalt und der Einschränkung der Versammlungsfreiheit zu stoppen. Ab dem 18. Februar 2014 eskalierte die Gewalt. Scharfschützen schossen auf die Demonstrant*innen; 100 Protestierende – heute verehrt als die „Himmliche Hundertschaft“ – und 13 Polizisten starben. Der genaue Hergang ist nach wie vor nicht vollständig geklärt. Um die Gewaltspirale zu durchbrechen und einen politischen Weg aus der Krise zu finden, schickte die EU die Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens, Frank-Walter Steinmeier, Laurent Fabius und Radosław Sikorski, nach Kyjiw. Während der Verhandlungen hielt Janukowytsch Kontakt zu Putin, Putin wiederum erwähnte später Telefonabsprachen mit dem US-Präsidenten Barack Obama.⁰⁶

Am 21. Februar 2014 unterzeichnete Janukowytsch mit drei Vertretern der Oppositionsparteien, Witalij Klitschko, Oleh Tjahnnybok und Arsenij Jazenjuk, den mit den internationalen Vermittlern formulierten Kompromiss.⁰⁷ Die Vereinbarung sah über ein Sondergesetz die Rückkehr zur Verfassung von 2004 vor, verbunden mit dem Auftrag, die Verfassung bis September 2014 zu überarbeiten und das Verhältnis zwischen Präsident, Regierung und Parlament zu klären. Für

den Übergang sollte eine Einheitsregierung eingesetzt werden, die bis spätestens Dezember 2014 vorgezogene Präsidentschaftswahlen abhalten sowie eine Untersuchung der Gewalteskalation und die Entwaffnung der Milizen sicherstellen sollte. Der anwesende russische Gesandte, Wladimir Lukin, war an den Verhandlungen beteiligt, stimmte dem Ergebnis aber am Ende nicht zu.⁰⁸

Die Radikalisierung auf dem Maidan hatte die Kompromissbereitschaft der Protestierenden indes schwinden lassen und zu einer Verselbstständigung der Mobilisierung geführt. Die Oppositionsparteien und Nichtregierungsorganisationen besaßen zu diesem Zeitpunkt nicht mehr die Autorität, um das mit den EU-Außenministern verhandelte Abkommen durchsetzen zu können. Bevor ein entsprechender Versuch überhaupt unternommen werden konnte, setzte sich Janukowytsch noch am Tag der Unterzeichnung des Abkommens nach Charkiw ab, und Protestierende besetzten am Morgen darauf die Amtsräume und die Privatresidenz des geflohenen Präsidenten. Später wurde bekannt, dass er seine Flucht schon vor der Einigung mit den internationalen Vermittlern geplant hatte.⁰⁹

Zunächst soll Janukowytsch versucht haben, Putin in Rostow am Don zu treffen, wurde jedoch von ukrainischen Grenzbeamten an der Ausreise gehindert. Anschließend bestand er darauf, auf die Krim gebracht zu werden, wo er sich mit seinem Stabschef und anderen Vertrauten traf. Da Teile der ukrainischen Sicherheitsbehörden bereits nach ihm fahndeten, erkannte er jedoch die Ausweglosigkeit der Situation und ließ sich schließlich mit russischer Hilfe nach Russland in Sicherheit bringen. Janukowytschs Idee, von der Krim aus seinen politischen Anspruch auf das Präsidentenamt geltend zu machen, passte zu diesem Zeitpunkt ohnehin nicht zu Putins Plänen.¹⁰ Am 27. Februar 2014, als Russlands Sondereinheiten bereits die Krim besetzt hatten, vermeldete Janukowytsch aus Russland, dass er zum eigenen Schutz das Land verlassen musste, er vermochte aber den Gang der Ereignisse nicht mehr zu beeinflussen.

01 In der Vorbereitung dieses Beitrags wurde deutlich, wie fehleranfällig und mitunter ungenau die Zeitleisten respektabler Medien, Bildungseinrichtungen und Expert*innen sind, die die Ereignisse um die Krim-Annexion darzustellen versuchen.

02 Vgl. Kerstin S. Jobst, *Geschichte der Krim. Iphigenie und Putin auf Tauris*, Berlin 2020; Gwendolyn Sasse, *The Crimea Question. Identity, Transition, and Conflict*, Cambridge MA 2007, S. 35–82.

03 Vgl. Gwendolyn Sasse, *Der Krieg gegen die Ukraine*, München 2022.

04 Vgl. Juri Andruchowitsch (Hrsg.), *Euromaidan: Was in der Ukraine auf dem Spiel steht*, Berlin 2014; Olga Onuch/Gwendolyn Sasse, *The Maidan in Movement: Diversity and the Cycles of Protest*, in: *Europe-Asia Studies* 4/2016, S. 556–587; Susann Worschech, *Revolution der Würde*, 16. 6. 2023, <https://specials.dekoder.org/freiheit-protest/ukraine>.

05 Für die gesamte Chronologie vgl. etwa die Chronik 10.–23. Februar 2014, in: *Ukraine-Analysen* 128/2014, www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/128/UkraineAnalysen128.pdf sowie die Chronik 24. Februar – 9. März 2014, in: *Ukraine-Analysen* 129/2014, www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/129/UkraineAnalysen129.pdf.

06 Vgl. Serhii Plokhly, *The Russo-Ukrainian War*, London 2023, S. 106f.

07 Vgl. Minutenprotokoll zur Krise in der Ukraine, 21. 2. 2014, www.spiegel.de/a-954753.html; Steffen Halling/Eduard Klein, *Vom Maidan bis zur Angliederung – eine Chronik*, 15. 3. 2019, <https://crimea.dekoder.org/chronik>.

08 Vgl. Die Vereinbarung von Kiew, 21. 2. 2014, www.tagesschau.de/ausland/ukraine-vereinbarung-ts-102.html.

09 Vgl. Paul D’Anieri, *Ukraine and Russia. From Civilized Divorce to Uncivil War*, Cambridge 2023, S. 214.

10 Für eine detaillierte Rekonstruktion der Flucht und eine Einordnung siehe Plokhly (Anm. 6), S. 107–111.

Nachdem Janukowytsch nach Charkiw geflohen und untergetaucht war, erklärte ihn das ukrainische Parlament, die Werchowna Rada, am 22. Februar für abgesetzt. Die Verfassung der Ukraine hatte für diese Art von Abgang eines Präsidenten keinen Weg definiert. Angesichts der drängenden Zeit in der zugespitzten politischen Situation wurde nun zumindest ein Teil des Abkommens umgesetzt: Das Parlament setzte eine Interimsregierung mit Oleksandr Turtschynow als Präsident und Jazenjuk als Ministerpräsident ein und kündigte Präsidentschaftswahlen für den 25. Mai 2014 an. Noch am selben Tag sprach sich die Rada ebenfalls dafür aus, die vereinbarten Gesetze über die Rückkehr zur Verfassung von 2004 ohne die Unterschrift des Präsidenten in Kraft treten zu lassen. Auch wurde das kontroverse Sprachengesetz von 2012 zurückgenommen, das Regionen, in denen mindestens zehn Prozent der Bevölkerung eine andere Sprache als Ukrainisch sprechen, erlaubt hatte, dieser Sprache einen offiziellen Status zu geben. Diese Entscheidung war zwar nicht der Ausgangspunkt für die aufkommenden Proteste gegen den Machtwechsel in Kyjiw, verstärkte jedoch entsprechende Stimmungen. In rascher Abfolge wurden nun auch Spitzenpositionen in Sicherheitsstrukturen und Justiz kommissarisch neu besetzt. Teils wurde dies durch Rücktritte der mit Janukowytsch verbundenen Eliten erforderlich, teils wurde der Prozess forciert.

Den 22. Februar 2014 mit Janukowytschs Absetzung brandmarkt die russische Staatsrhetorik bis heute als einen „undemokratischen“ und „illegalen“ Machtwechsel oder gar als „faschistischen Coup“. Elemente dieser Argumentation, insbesondere die These, dass ein demokratisch gewählter Präsident vermeintlich grundlos vom Parlament abgesetzt wurde, verfangen auch über Russland hinaus. Demgegenüber steht die Tatsache, dass Janukowytsch mit seiner Flucht, der Ungewissheit über seinen Aufenthaltsort und mit der aufgekündigten Loyalität von Polizei- und Sicherheitsstrukturen seine Legitimität verloren hatte. Selbst das Adjektiv „faschistisch“ wirkt in der westlichen Erinnerung an die Bilder der gewaltsamen Endphase des Euromaidan nach, in der rechts-extreme Kräfte wie der auf dem Maidan entstandene „Rechte Sektor“, eine sichtbare Rolle spielten. Der Euromaidan wird im Rückblick häufig vom Ende her gedacht und erzählt, ob-

wohl die Proteste über Monate friedlich und mit breiter gesellschaftlicher Unterstützung stattgefunden hatten.

BESETZUNG UND SCHEINREFERENDUM

Neben den großen Protesten in Kyjiw gab es in vielen Städten kleinere Pro-Maidan-Proteste – auch im Süden und Osten des Landes. An verschiedenen Orten wurden sie von Anti-Maidan-Demonstrationen begleitet, die vom bröckelnden Janukowytsch-Regime und seinen Unterstützern organisiert und teilweise finanziert wurden. In diesem Zusammenhang sind auch die Proteste zu sehen, die am 23. Februar 2014 in Sewastopol begannen. Ins Straßenbild mischten sich russische Flaggen, die vor dem historisch-politischen Hintergrund der Stadt zur etablierten Protestkultur gehörten. Aus diesen Protesten ging die „Ernennung“ des Unternehmers Oleksij Tschalyj zum „Volksbürgermeister“ hervor, der ankündigte, keine Steuern an Kyjiw mehr zahlen zu wollen. Doch selbst diese Forderung erinnerte stärker an die frühen 1990er Jahre, als diverse Kräfte über ihre unterschiedlichen Vorstellungen von Autonomie innerhalb des ukrainischen Staates stritten, als an eine Agenda für einen Anschluss an Russland.

Sewastopol hat neben der Autonomen Republik Krim in der ukrainischen Verfassung seit 1996 einen Sonderstatus und untersteht der direkten Kontrolle Kyjiws. Der Regimewechsel in Kyjiw erzeugte hier somit eine unmittelbare Resonanz. Erst das Zusammenspiel von Euromaidan, Janukowytschs Flucht und Spekulationen über seinen Aufenthaltsort sowie der intensiven russischen Propaganda über die vermeintlichen Auswirkungen des Regierungswechsels in Kyjiw schufen die Bedingungen für eine – begrenzte – Gegenmobilisierung der regionalen Bevölkerung. Auch in und um Simferopol formierten sich Proteste. Gegenüber den Menschen mit russischen Flaggen schienen die Unterstützer*innen des Status quo, unter ihnen viele Krimtatar*innen, zunächst in der Mehrheit zu sein. Letztendlich standen sich Tausende von Protestierenden gegenüber, und es kam am 26. Februar vor dem Krimparlament zu gewaltsamen Zusammenstößen.

Ab dem 27. Februar besetzten Sondereinheiten der Russländischen Föderation strategisch wichtige Regierungsinstitutionen, Militäreinrichtungen und öffentliche Plätze. Zunächst bezeich-



„Am 16. März wählen wir“: Werbung für das „Referendum“ am Stadtrand von Sewastopol, 2014

Quelle: picture alliance / dpa | Hannibal Hanschke

nete die russische Regierung sie als auf der Krim stationierte Einheiten, international wurden sie aufgrund fehlender Hoheitsabzeichen als „grüne Männchen“ bekannt. Dieser verharmlosende Begriff wird ihrer Vorgehensweise jedoch nicht gerecht: Rund hundert Schwerbewaffnete übernahmen die Kontrolle über das regionale Parlament. Dem regionalen Regierungschef, Anatolij Mohyljow, wurde der Zugang versperrt. Aus einer geschlossenen Sitzung, zu der nicht alle Abgeordneten zugelassen wurden, ging Sergei Aksjonow von der Partei Russische Einheit, die lediglich drei von hundert Sitzen innehatte, als neuer Regierungschef der Krim hervor. Zu diesem Zeitpunkt war die im gesamten Südosten der Ukraine dominante Partei der Regionen, ein Konglomerat oligarchisch geprägter Interessen, auch auf der Krim die größte Partei. Nach der Ernennung des aus Moskau leicht zu kontrollierenden Aksjonow wurde für den 25. Mai ein Referendum über die Unabhängigkeit der Krim angekündigt.

Prominente Stimmen aus dem neuen Regierungszirkel in Kyjiw bemühten sich, die über die russische Propaganda verbreitete Sorge über Sprachendiskriminierung und die Entsendung nationalistischer Einsatzkommandos auf die Krim öffentlich zu dementieren. Am 28. Februar entschied Interimspräsident Turtshynow,

das Sprachengesetz von 2012 doch nicht zurückzunehmen. Währenddessen fand in der Duma in Moskau bereits eine Scheindebatte über die Ausgabe russischer Pässe auf der Krim statt. Aksjonow bat Russland noch am selben Tag darum, den Schutz der russischsprachigen Bevölkerung zu garantieren. Obwohl er gemäß der Verfassung der Ukraine und der separaten Krim-Verfassung dazu gar nicht befugt war, stellte er die lokalen Sicherheitskräfte unter seinen Befehl.

Internationale Versuche, die Lage zu befrieden, erwiesen sich als wirkungslos. Das Europaparlament verabschiedete am 27. Februar eine Resolution, die Russland an das Budapester Memorandum von 1994 erinnern sollte. In diesem hatte Russland der Ukraine ihre territoriale Integrität zugesichert.¹¹ Die Werchowyna Rada appellierte einen Tag später an den UN-Sicherheitsrat sowie an das Vereinigte Königreich und die USA, die Garantiestaaten des Budapester Abkommens. Während Letztere sich zu einem Dialog bereiterklärten, lehnte Russland einen solchen ab, wie das ukraini-

¹¹ Vgl. Memorandum on Security Assurances in Connection with Ukraine's Accession to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, Budapest, 5. 12. 1994, <https://treaties.un.org/doc/Publication/UNTS/Volume%203007/Part/volume-3007-I-52241.pdf>.

sche Außenministerium am 1. März bekanntgab. Stattdessen ging Putin den formal-legalistischen Weg über die Bitte der Duma, die russischsprachige Bevölkerung der Krim zu schützen, und eine „Erlaubnis“ des Föderationsrats, das Militär einsetzen zu dürfen. Am 1. März ordnete Turtshynow die Generalmobilmachung der ukrainischen Streitkräfte an. Weitere Hilfesuche wendeten sich an die EU, die USA und die Nato. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon telefonierte mit Putin. Die Bundesregierung gab zusätzliche finanzielle Direkthilfe für die Ukraine bekannt. Die ukrainische Regierung verkündete die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit am EU-Assoziierungsabkommen und unterstrich somit noch einmal die politische Orientierung der Ukraine. Währenddessen wurde deutlich, dass eine militärische Reaktion für westliche Regierungen und Institutionen keine Option war.

Das Scheinreferendum auf der besetzten Krim wurde mehrfach vorverlegt, zunächst auf den 30. März, dann auf den 16. März. Es ging aus der Sicht Russlands darum, so rasch wie möglich Fakten zu schaffen. Das „Referendum“, das seinen Namen schon deshalb nicht verdiente, weil es in Präsenz bewaffneter Einheiten stattfand, sollte vor allem in Russland, aber auch auf der Krim selbst und international einen Deckmantel politischer Legitimation „von unten“ schaffen. Auch die gestellten Fragen boten keine wirklichen Alternativen. Der Status quo als Wunschoption fehlte. Zur „Auswahl“ standen zwei Fragen: „Sind Sie für eine Wiedervereinigung der Krim mit Russland?“ und „Sind Sie für die Wiederherstellung der Krim-Verfassung von 1992?“ Die erste Frage bediente den imperialen Mythos, der eine Brücke zu verschiedenen historischen Epochen vom Zarenreich zur Sowjetunion schlagen sollte. Die zweite Frage war insofern unklar, als es 1992 in der Phase intensiver Auseinandersetzungen zwischen Kyjiw und Simferopol über den Status der Krim zwei Krim-Verfassungen gegeben hatte, die in ihren Formulierungen bewusst ambivalent geblieben waren.¹² So sprach eine der Verfassungen von „Unabhängigkeit“ der Krim, verortete diese aber weiterhin in der Ukraine. Es ist darüber hinaus zu bezweifeln, dass der genaue Wortlaut dieser nur kurzfristig vom Krim-Parlament eingeführten Verfassungen aus dem Jahr 1992 der Krimbevölkerung 2014 noch präsent war. Aus den Formulierungen der zwei Fragen ergibt sich die klare Inten-

tion, auch das letzte Restrisiko auszuräumen und aus der Abstimmung unter Waffengewalt sowohl den Wunsch nach vermeintlicher „Wiedervereinigung“ als auch den Wunsch nach „Unabhängigkeit von Kyjiw“ ableiten zu können.

Laut offiziell von Russland verkündetem Ergebnis lag die Beteiligung bei 83,1 Prozent, wovon 96,3 Prozent für die „Wiedervereinigung“ gestimmt haben sollen. Der fehlende Andrang und die Proteste der Krimtatar*innen machten diese nicht verifizierbaren Zahlen höchst unglaubwürdig. Das tatsächliche Ergebnis wird man vermutlich nie herausfinden. Interessanterweise publizierte der dem russischen Präsidenten unterstellte „Menschenrechtsrat“ abweichende Zahlen: Hier ging man zwischenzeitlich von einer Beteiligung von nur einem Drittel bis zur Hälfte der Wahlberechtigten und einem Zuspruch für die „Wiedervereinigung“ von maximal 50 Prozent aus. Diese Zahlen wurden jedoch schnell wieder von der Website entfernt.

Eine immer wieder gestellte Frage danach, wie ein Referendum unter demokratischen Bedingungen ausgefallen wäre – meist gestellt in der Annahme, dass das Ergebnis trotz besserer Rahmenbedingungen ein ähnlich deutliches Votum für den Anschluss an Russland ergeben hätte –, bleibt pure Spekulation. Verschiedene Umfragen hatten auch in den Jahren vor 2014 keinen mehrheitlichen Zuspruch für den Anschluss an Russland festgestellt. So zeigte zum Beispiel eine vom Kyiv International Institute of Sociology und der Ilko Kucheriv Democratic Initiatives Foundation vom 8. bis 18. Februar 2014 erstellte Umfrage, dass sich landesweit nur 12 Prozent für eine Vereinigung mit Russland aussprachen. Der Zuspruch auf der Krim lag dabei mit 41 Prozent höher als in allen anderen Regionen, gefolgt von den Regionen Donezk mit 33 Prozent und Luhansk mit 24 Prozent. Die jüngeren Befragten, vor allem die 18- bis 29-jährigen, standen der Idee dabei sehr viel skeptischer gegenüber als die ältere Bevölkerung. Wie in den Jahren zuvor blieb eine klare Mehrheit in der Ukraine für eine andere Option: eine relativ offene Grenze ohne Visa und andere Einschränkungen zwischen einer unabhängigen Ukraine und Russland.¹³

¹³ Vgl. Kyiv International Institute of Sociology (KIIS), *How Relations Between Ukraine and Russia Should Look Like? Public Opinion Polls' Results*, 4.3.2014, www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=236.

¹² Vgl. Sasse (Anm. 2), S. 142–154.

Weitere Umfragen veranschaulichen darüber hinaus, dass eine abstrakte Idee wie die Vereinigung mit Russland verschieden interpretiert beziehungsweise getrennt gedacht werden kann von ihrer (gewaltsamen) Umsetzung.¹⁴ Erscheint die Umsetzung als realistische Option, ist dies der eigentliche Test, wie es tatsächlich um die Stimmung steht. Dieser Moment trat mit der Besetzung durch russische Truppen ein – davon zeugen die Bilder der Feiern um das Datum der Annexion herum, die nicht nur auf Inszenierungen zurückzuführen sind. In ihnen spiegelten sich sowohl latente Identitätsvorstellungen, die nun einen konkreten Fixpunkt erhielten, als auch diverse Hoffnungen, etwa auf eine Anpassung von Durchschnittsgehältern und Renten auf das in Russland übliche Niveau.

„WIEDERVEREINIGUNG“ ALS VORBOTE

Am 18. März 2014 hielt Putin im Georgssaal des Kreml eine gleichzeitig an Russland, die Ukraine und den Westen gerichtete Rede vor der Duma, dem Föderationsrat und geladenen Gästen aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Kirche. Im Anschluss unterzeichnete er direkt den „Beitrittsvertrag“. In seiner Rede gab er die durch das „Referendum“ angeblich demokratisch legitimierte „Wiedervereinigung“ der Krim mit Russland bekannt und schlug einen großen historischen Bogen mit zahlreichen Bezügen auf Russlands glorreiche imperiale Vergangenheit und die Symbolik der Krim. Die Rede vom 18. März war, wie wir heute wissen, die Vorbotein der vollumfänglichen Invasion im Februar 2022. Putin betonte darin noch einmal die Bedrohung, die angeblich von der ukrainischen Politik für die russischsprachige Bevölkerung auf der Krim und anderswo ausginge: „Diejenigen jedoch, die hinter den jüngsten Ereignissen in der Ukraine stehen, verfolgten andere Ziele: Sie bereiteten den nächsten Staatsstreich vor, pflanzten die Machtübernahme und machten vor nichts Halt. Es wurden Terror, Mord und Pogrome losgetreten. Zu den

Hauptakteuren des Umsturzes wurden Nationalisten, Neonazis, Russophobe und Antisemiten. Sie sind es, die in vielem auch heute, bis jetzt noch, das Leben in der Ukraine bestimmen. (...) Jenen, die sich dem Putsch entgegenstellten, wurde sofort mit Repressionen und Strafaktionen gedroht. Und natürlich war die Krim als erste an der Reihe, die russischsprachige Krim. (...) Daraufhin wendeten sich die Bewohner der Krim und Sewastopols an Russland, mit dem Aufruf, das, was dort geschah und auch jetzt noch geschieht in Kiew und Donezk, in Charkow und in einigen anderen Städten der Ukraine, nicht zuzulassen.“¹⁵

Am 17. März erließ die EU erste Sanktionen gegen 21 russische und ukrainische Personen, die mit dem Angriff auf die Unversehrtheit der Ukraine in direktem Zusammenhang standen. Diese wurden in den folgenden Wochen, Monaten und Jahren schrittweise durch neue personenbezogene Sanktionen, einschließlich dem Einfrieren von Vermögenswerten, und Wirtschafts- und Handelsanktionen erweitert und regelmäßig verlängert.¹⁶ Aber an der Tatsache der Besetzung und administrativen Eingliederung der Krim und Sewastopols in die Russländische Föderation vermochte niemand etwas zu ändern. Obwohl international nicht anerkannt, wurde die Annexion doch zu einer Art neuen Realität. Eine Veränderung des neuen Status quo erwartete kaum jemand in der internationalen Politik; bestenfalls hoffte man auf die Rückkehr zur Statusfrage nach einem politischen Wandel in Russland.

Der trotz hoher finanzieller Kosten in Russland fortbestehende politische und gesellschaftliche Konsens über den Status der Krim, der sich etwa im Slogan *Krym nasch!* („Die Krim ist unser!“) widerspiegelt, wurde 2020 zusätzlich in der russischen Verfassung verankert. Bei der Verfassungsänderung ging es Putin zwar vor allem darum, seine Präsidentschaft verlängern beziehungsweise seinen politischen Einfluss über die Zeit als Präsident hinaus über verschiedene Optionen absichern zu können. Aber er sorgte auch mit Blick auf die Krim vor: Das Infragestellen der

14 Siehe etwa die KIIS-Umfrage von April/Mai 2014 (ohne Krim), derzufolge separatistische Ideen in den Regionen Donezk und Luhansk im Vergleich zu anderen Regionen größeren Anklang fanden (etwa bei einem Drittel der Befragten), eine möglicherweise gewaltsame Besetzung lokaler administrativer Einrichtungen jedoch wesentlich weniger: KIIS, *Attitude to the Unitary State and Separatism in Ukraine*, 22. 5. 2014, <https://kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=319>.

15 Rede Wladimir Putins, übersetzt von Hartmut Schröder und kommentiert von 13 Wissenschaftler*innen, 18. 3. 2019, <https://crimea.dekoder.org/rede>. Siehe auch die Dokumentation der Rede in: *Osteuropa* 5–6/2014, S. 87–100.

16 Vgl. UN-Resolution „Territorial Integrity of Ukraine“ und das Abstimmungsergebnis vom 27. 3. 2014, <https://press.un.org/en/2014/ga11493.doc.htm>.

territorialen Integrität der Russländischen Föderation ist seitdem offiziell verfassungswidrig.¹⁷

SCHLUSSBETRACHTUNGEN

Die Besetzung und die Annexion der Krim sind im internationalen Sprachgebrauch selten als Kriegsakt benannt worden, obwohl es nach internationalem Recht die korrekte Bezeichnung gewesen wäre. Auch im Nichtgesagten drücken sich stets Annahmen, Hoffnungen und Ängste aus. Die Möglichkeit eines sich von der Krim auf Teile des Donbas und letztendlich die gesamte Ukraine ausweitenden Krieges hat man in Westen 2014 nicht gesehen beziehungsweise nicht sehen wollen.

In den 1990er Jahren konnte das vielschichtige Konfliktpotenzial auf der Krim unter anderem wegen Russlands innen- und außenpolitischer Schwäche durch Verhandlungen über einen (letztlich schwachen) Autonomiestatus der Region entschärft werden. Bis 2014 hatte Russland an Stärke

und Selbstbewusstsein gewonnen und über Propaganda und Geschichtsschreibung die russische Gesellschaft in die imperiale Denkweise (re-)sozialisiert.¹⁸ Die Annexion der Krim entfaltete in Russland eine identitätsstiftende beziehungsweise -stärkende Funktion: Mit ihr verbinden sich Emotionen wie Stolz, Hoffnung, Vertrauen und ein ungewohnt positives Grundgefühl.¹⁹ Auch Putins Popularitätswerte stiegen in den Monaten nach der Annexion deutlich an und erreichten Umfrageergebnissen des unabhängigen Meinungsforschungsinstituts Lewada-Zentrum zufolge im Juni 2015 mit 89 Prozent ihren bisherigen Höchststand.²⁰

Seit März 2014 ist der Zugang zur Krim stark eingeschränkt, entsprechend dürrig ist die Datenlage über die Region. Dennoch dringt bisweilen durch, dass der Alltag in der hochsubventionierten und nun völlig von Russland abhängigen Halbinsel für viele Bewohner*innen von sozioökonomischen Schwierigkeiten und eingeschränkter Mobilität geprägt ist. Kontakte zu Familienmitgliedern und Freunden in anderen Teilen der Ukraine sind vielfach abgebrochen.²¹ Jegliche politische Opposition ist Repressionen ausgesetzt, was insbesondere die Krimtatar*innen als aus russischer Perspektive potenziell größter Risikofaktor sowie andere ethnische Minderheiten zu spüren bekommen.²² Die politische Führung der Krimtatar*innen gehörte zu den mindestens 40 000 Krimbewohner*innen, die die Krim nach der Annexion verlassen haben. Russland verfolgt eine Siedlungspolitik nach imperialem Muster, die auf eine weitere Russifizierung der Krim abzielt. Genaue Zahlen liegen nicht vor, aber Schätzungen gehen von mehreren Hunderttausend angesiedelten Russ*innen sowie Zugezogenen aus den von Russland kontrollierten Regionen Donezk und Luhansk aus.²³

Eine absolute Mehrheit der Ukrainer*innen lehnt territoriale Zugeständnisse der Ukraine, einschließlich der Krim, nach wie vor ab.²⁴ Mit der Krim begann Russlands Krieg gegen die Ukraine – und vermutlich wird sie auch für das Ende dieses Krieges eine Schlüsselrolle einnehmen.

GWENDOLYN SASSE

ist Wissenschaftliche Direktorin des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) und Einstein-Professorin für Demokratie- und Autoritarismusforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin.

17 Vgl. Art. 67 Abs. 2 der Verfassung der Russländischen Föderation, in deutscher Übersetzung: www.ostrecht.de/wp-content/uploads/2021/06/Verfassung-RF-Publikation.pdf; Caroline von Gall/Laura Jäckel, *Der Wille des Volkes. Zur aktuellen russischen Verfassungsreform*, 2. 4. 2020, <https://verfassungsblog.de/der-wille-des-volkes>.

18 Vgl. Jade McGlynn, *Memory Makers. The Politics of the Past in Putin's Russia*, London 2023.

19 Vgl. Samuel Greene/Graeme Robertson, *Putin v. the People: The Perilous Politics of a Divided Russia*, New Haven 2019.

20 Vgl. *Putin's Approval Rating* (laufend aktualisiert), www.levada.ru/en/ratings.

21 Vgl. Nataliya Gumenyuk, *Die verlorene Insel. Geschichten von der besetzten Krim*, Stuttgart 2020.

22 Für den ersten Bericht, der im April/Mai 2014 die Situation auf der Krim einordnete, siehe Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit für Europa (OSCE), *Human Rights Assessment Mission in Ukraine. Report on the Human Rights and Minority Rights Situation, March–April 2014*, 12. 5. 2014, www.osce.org/odihr/118476. Vgl. auch OSCE, *Report of the Human Rights Assessment Mission on Crimea (6–18 July 2015)*, 17. 9. 2015, www.osce.org/odihr/180596; Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte, *Report on the Human Rights Situation in Ukraine*, 3. 3. 2016, www.ohchr.org/en/documents/country-reports/report-human-rights-situation-ukraine-9; United States Department of State, *Ukraine 2015 Human Rights Report*, <https://2009-2017.state.gov/documents/organization/253123.pdf>.

23 Vgl. Freedom House, *Freedom in the World – Crimea*, 11. 3. 2016, www.refworld.org/docid/56e813aa11.html; Rostyslav Khotin et al., *Shifting Loyalty: Moscow Accused of Reshaping Annexed Crimea's Demographics*, 31. 5. 2018, www.rferl.org/a/29262130.html.

24 Vgl. KIIS, *Dynamics of Readiness for Territorial Concessions to End the War as Soon as Possible*, 14. 12. 2023, <https://kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1332>.

GIBT ES EIN RUSSLAND OHNE KRIM?

Russische Narrative über die ukrainische Halbinsel

Nikolai Klimeniouk

Die russische Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim 2014 war eine Zäsur, und doch kam sie kaum überraschend. Seit der Auflösung der Sowjetunion gab es in Russland mehrere Versuche, den eigenen Anspruch auf die Halbinsel zu begründen und die Legitimität der Übertragung der Krim an die Ukrainische Sowjetrepublik 1954 und damit ihre Zugehörigkeit zur unabhängigen Ukraine infrage zu stellen. Die Vorstellung, die Krim gehöre eigentlich zu Russland, ist auch nach dem Abschluss bilateraler Verträge und der Anerkennung der ukrainischen Grenzen keineswegs verschwunden, die Krimfrage blieb ein offenes Thema.

Die meisten propagandistischen Narrative über die Krim, die heute in Russland in den Medien, der Wissenschaft und in den Unterrichtsmaterialien endlos wiederholt werden, finden sich in der Rede wieder, die der russische Machthaber Wladimir Putin am Tag der Annexion, dem 18. März 2014, vor den Abgeordneten beider Kammern des Parlaments und Vertretern der Regionen hielt.⁰¹ Darin summierte er die gängigen Erzählungen und ergänzte sie mit neuen. Seitdem gilt dieser mit faktischen Unwahrheiten und verzerrten Interpretationen der Geschichte gespickte Text als eine Art Katechismus der Annexion, der sie von allen Seiten begründet: als Reaktion auf die „nationalistische Bedrohung“ oder sonstige Gefahren, als Russlands historische Mission, als Wiederherstellung der natürlichen Ordnung der Dinge, als Erfüllung der Wünsche der Bewohner der Krim und die Durchsetzung ihrer Rechte. Folgende Motive gehören zu den populärsten:

- Die Krim sei auf Wunsch ihrer Bewohner (wieder) ein Teil Russlands geworden; beim Referendum am 16. März 2014 hätten 96,6 Prozent für den Beitritt gestimmt. Die Menschen auf der Krim hätten somit lediglich von ihrem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch gemacht.
- Die meisten Bewohner der Krim seien Russen, und für alle Russen sei die Krim Russlands natürliches Territorium. Sie sei allen Russen heilig, weil dort der Heilige Fürst Wladimir getauft worden sei und weil Russen dort unzählige Heldentaten begangen hätten. Die Aufnahme der Krim in die Russländische Föderation sei mithin dasselbe wie die deutsche Wiedervereinigung.
- Die Entscheidung Chruschtschows, die Krim 1954 an die Ukraine zu übertragen, sei illegal gewesen.
- In der Ukraine habe 2013/14 ein von den USA organisierter Umsturz stattgefunden. Seitdem gebe es dort keine legitime Macht, das Land werde von Nationalisten und Russlandhassern beherrscht. Die Russen würden in der Ukraine zwangsassimiliert, deswegen habe Russland als Schutzmacht aller Russischsprachigen eingreifen müssen. Die russische Intervention habe großes Blutvergießen verhindert und die Stationierung von Nato-Truppen auf der Krim abgewendet, die für Russland eine existenzielle Bedrohung dargestellt hätten.

Neben diesem Kanon kursieren noch zahlreiche romantische Mythen, nostalgische Bilder und Verschwörungserzählungen. Meistens werden sie toleriert, solange sie der Hauptidee, dass die Krim zu Russland gehört, nicht widersprechen.

SÄULE DER RUSSISCHEN IDENTITÄT

„In der langen Liste der Provinzen, die 1991 verloren gingen, bleibt die Krim fast die einzige, deren Verlust die russische Gesellschaft noch immer zu schmerzen scheint“, schrieb der Literaturwissenschaftler Andrej Sorin 2001 und schlug eine

Erklärung für diese „akute Nostalgie“ vor: Im kollektiven Bewusstsein der Russen gebe es eine tief verwurzelte unreflektierte Vorstellung, dass der Besitz der Krim die Krönung der historischen Mission Russlands, seiner zivilisatorischen Bestimmung darstelle.⁰² Die Entwicklungen der darauffolgenden Jahre haben diese Vermutung weitgehend bestätigt. Die Annexion löste in Russland eine Welle chauvinistischer Begeisterung aus, der Dissens blieb marginal. Der regimetreue Soziologe Michail Gorschkow, Direktor des Soziologischen Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften, fasste die Stimmung in einem Artikel 2018 so zusammen: „Fast während der gesamten postsowjetischen Periode (bis 2014) waren der Sieg des sowjetischen Volkes im Großen Vaterländischen Krieg, der Wiederaufbau des Landes nach dem Krieg und der erste Flug ins All von Juri Gagarin die Leitmotive des Nationalstolzes. Und nun wurde zum ersten Mal in unseren Massenumfragen nach dem ‚Krim-Frühling‘ ein historisches Ereignis aus der Zeit des neuen Russlands, nämlich die Wiedervereinigung der Krim mit Russland, in die Liste der Spitzenreiter des Nationalstolzes aufgenommen. Dies kann ohne Übertreibung als Ausdruck der Wiederbelebung des historischen Bewusstseins des russischen Volkes und aller Russen bezeichnet werden.“⁰³

Die Umfragen des nichtstaatlichen Lewada-Zentrums zeigten ein ähnliches Bild: Zwischen 2014 und 2021 lag die Unterstützung für die „Eingliederung der Krim“ stabil bei 83 bis 90 Prozent.⁰⁴ Diese überwältigende Einstimmigkeit war wohl das einzig wirklich Überras-

schende an der Annexion. Bis dahin herrschte sowohl in der russischen Soziologie als auch in der Publizistik die Vorstellung, im Land gebe es keine richtige Gesellschaft, sie sei zu atomisiert, den Russen fehle es an gemeinsamen Nennern und Werten. Die vermeintliche „Wiedervereinigung“ wurde zu einem identitätsstiftenden Ereignis und verdeutlichte, welche Rolle die Schwarzmeeralbinsel im Selbstverständnis der Russen spielt. Die Begeisterung lag aber wohl kaum am Landzugewinn: Nach 1991 übertrug Russland mehrere Gebiete an China, Aserbaidschan oder baltische Staaten, ohne dass sich jemand außerhalb ultranationalistischer Kreise und unmittelbar Bertoffener besonders dafür interessierte.

„Nach einer harten, langen und anstrengenden Reise kehren die Krim und Sewastopol in ihren Heimathafen zurück“, verkündete Putin bei der „Wiedervereinigungsfeier“ auf dem Roten Platz.⁰⁵ Doch vielmehr waren es der russische Staat und die russische Gesellschaft, die nach einer kurzen Phase der halbherzigen Versuche, anstelle eines Reichs einen modernen Nationalstaat aufzubauen, sich wieder zu ihrem imperialen Erbe bekannten.

WIEDERGEFUNDENES PARADIES

Der imperiale Mythos, in dessen Zentrum die Krim steht, hat seine Wurzeln in der Zeit Katharinas II. Obwohl es Peter I. war, der Russland zum Imperium und sich selbst zum Kaiser erklärte, wurde seine Umgestaltung des Landes nach westeuropäischem Vorbild von vielen Russen seit jeher als zu unterwürfig empfunden, manchen galt sie sogar als Verrat am nationalen Wesen. Peters Blick war vor allem in den Norden gerichtet: Bei seinen Reformen orientierte er sich an Holland, seinen wichtigsten militärischen Sieg errang er über Schweden, die Inspiration für seine großen Bauvorhaben fand er in Nord- und Mitteleuropa. Das weitaus attraktivere Fantasiereich Katharinas wurzelte in der klassischen Antike, verstand sich als direkter Nachfahre von

01 Obraschtschenije Prezidenta Rossijskoj Federaziji [Ansprache des Präsidenten der Russländischen Föderation], 18.3.2014, <http://kremlin.ru/events/president/news/20603>.

02 Andrej Sorin, Kormija dwuglawogo orla ... Literatura i gosudarstwennaja ideologija w poslednej treti XVIII pervoj treti XIX weka [Den Doppeladler füttern ... Literatur und Staatsideologie vom letzten Drittel des 18. bis zum ersten Drittel des 19. Jahrhunderts], Moskau 2001, S. 119.

03 Michail K. Gorschkow, Vossojedinenije Kryma s Rossijej: Sozialno-istoritscheskije, polititscheskije i soziokulturnyje predposylki [Die Wiedervereinigung der Krim mit Russland: Soziohistorische, politische und soziokulturelle Voraussetzungen], in: Sostojanije i problemy soziokulturnoj integracii Kryma w Rossiju [Ist-Stand und Probleme der soziokulturellen Integration der Krim nach Russland], Moskau 2018, S. 9.

04 Vgl. Lewada-Zentrum, Krym, 26.4.2021, www.levada.ru/2021/04/26/krym; dass., Prisojedinenije Kryma, 1.4.2019, www.levada.ru/2019/04/01/prisoedinenie-kryma.

05 Miting „My wmeste!“ w podderschku prinjatija Kryma w sostaw Rossijskoj Federaziji [Kundgebung „Wir sind zusammen!“ zur Unterstützung des Beitritts der Krim zur Russländischen Föderation], 18.3.2014, <http://kremlin.ru/events/president/news/20607>.

Byzanz und erhob den Anspruch, das wahre, zumindest gleichberechtigte Europa zu sein. Die Eroberung der Krim 1783 war Teil des insgesamt gescheiterten Plans Katharinas, ganz Südeuropa unter ihrer Herrschaft zu vereinen und einen ihrer Enkel auf den Thron von Konstantinopel zu setzen.

Die ideologische Begründung dieses als „Griechisches Projekt“ bekannten Expansionsprogramms war die „Befreiung“ christlicher Völker von der osmanischen und generell muslimischen Herrschaft. Die Krim des 18. Jahrhunderts passte nicht ganz in dieses Bild, dort gab es eine große muslimische Mehrheit und kein „unterjochtes christliches Volk“, es ging aber vor allem um die Symbolik. Im 10. Jahrhundert ließ sich der Kyjiwer Großfürst Wladimir in Chersones, einer byzantinischen Kolonie im Südwesten der Krim, taufen, und machte anschließend das Christentum zur offiziellen Religion der Kyjiwer Rus. Mit der Einverleibung der Krim vollzog das Russische Reich einen symbolischen Anschluss an Byzanz und seine christlichen Ursprünge. Fürst Grigori Potjomkin, die wichtigste Persönlichkeit hinter der Expansion in den Süden, gab alten und neugegründeten Städten griechisch anmutende Fantasienamen: Aus Kezlev wurde Eupatoria, aus Kefe Theodosia, aus Aqmescit Simferopol; die kleine Siedlung Aqyar unweit des am Ende des 14. Jahrhunderts zerstörten Chersones wurde zur Hafenstadt Sewastopol ausgebaut. Die Halbinsel selbst hieß nun offiziell Tawrida (Tauris).

Viele damalige Narrative sind immer noch erstaunlich präsent. So wurde bereits zu Katharinas Zeit die Eroberung der Krim als eine Rückkehr unter die Ägide der christlichen Monarchen und Wiederherstellung der natürlichen Harmonie gedeutet. „Natürlich“ ist hier durchaus wörtlich zu verstehen. In der Literatur setzte sich der Topos durch, selbst die Natur erwache unter Katharinas Herrschaft wieder, mit Tauris habe Russland seinen eigenen Garten Eden erhalten.⁰⁶ Dieses Paradies auf Erden wurde später mehrfach in der ganzen Sowjetunion in Form von Sanatorien und Pionierlagern repliziert, deren Architektur unmissverständlich an das Original auf der Krim erinnerte. Auch das Bild der Wiedergeburt lebt weiter, im heutigen Russland ist der „Krim-

Frühling“ eine der offiziellen Bezeichnungen für die Annexion.

Die Krim war aber viel mehr als bloß ein Urlaubsort im warmen Süden; keine andere Gegend bekam eine annähernd so große symbolische Bedeutung. Zur Atmosphäre der Krim gehörte auch die dort stationierte Schwarzmeerflotte, und nirgendwo sonst war diese Kombination von Tourismus und Militarismus so prägend. Große Betriebe, Behörden und Organisationen, und natürlich auch das Verteidigungsministerium, besaßen auf der Krim eigene Erholungsheime. Jeder Sowjetmensch hatte zumindest theoretisch Anspruch auf eine Zeit im Paradies, auf die Krim kamen jährlich bis zu vier Millionen Touristen aus der ganzen UdSSR.⁰⁷ In der unabhängigen Ukraine verloren diese Konnotationen zunehmend an Bedeutung, je mehr sich das Land vom imperialen Erbe distanzierte. In Russland empfand man das ganz anders; ohne die Krim schien Russland defekt, unvollständig. Dass die Halbinsel nach der Auflösung der UdSSR für russische Touristen weiterhin problemlos zugänglich war, konnte den Schmerz darüber nicht lindern, dass einem das Paradies nicht mehr gehörte.

SEWASTOPOL, STADT DES MILITÄRISCHEN RUHMS

Noch schmerzhafter war der Verlust von Sewastopol, obwohl Russland das Nutzungsrecht für die Stadt als Hauptstützpunkt der Schwarzmeerflotte auch nach der Auflösung der UdSSR behielt. Der entsprechende Vertrag mit der Ukraine wurde zuletzt 2010 verlängert und sollte bis 2042 gelten. Dass der Ort, der für Russlands Selbstverständnis als militärisch unbesiegbare Nation so bedeutend ist, nun im Ausland lag, wurde als eine der größten Ungerechtigkeiten der postsowjetischen Zeit empfunden. Das war auch in Sewastopol deutlich zu spüren. Von allen in der Zeit Katharinas entstandenen Städten hatte nur Sewastopol eine überwiegend militärische Funktion. Selbst nach der Unabhängigkeit der Ukraine blieb die russische Schwarzmeerflotte dort der wichtigste Arbeitgeber und prägte das Stadtbild nicht weniger als die prunkvolle Architektur. Russische Staatssymbole gehörten dazu genauso wie Filialen russischer Banken oder der 1999 ge-

⁰⁶ Vgl. Sorin (Anm. 2), S. 121.

⁰⁷ Vgl. Neil Kent, *Crimea. A History*, London 2016, S. 143.



Russischer 200-Rubel-Schein mit Abbildung vom Denkmal der versenkten Schiffe in Sewastopol

Quelle: Wikimedia

gründete Ableger der Moskauer Lomonossow-Universität.

Im Zentrum vom Mythos Sewastopol stehen zwei historische Ereignisse: die Belagerung im Krimkrieg von Oktober 1854 bis September 1855 und jene im Zweiten Weltkrieg zwischen Oktober 1941 und Juli 1942. In Sewastopol gibt es über zweitausend Denkmäler und Gedenkstätten, die meisten davon sind den beiden Belagerungen gewidmet.⁰⁸ In beiden Fällen wurde die Stadt nach monatelangen Kämpfen aufgegeben und war danach fast vollständig zerstört, dennoch deutete die russische Historiografie diese Niederlagen zu wichtigen Siegen um. Das berühmteste Denkmal der Stadt, das Denkmal der versenkten Schiffe, wurde 1905 im Meer vor dem Küstenboulevard errichtet. Es erinnert an die Schiffe, die die russische Marine im Krimkrieg selbst versenkte, um den Hafeneingang unpassierbar zu machen. Insgesamt landeten 95 Schiffe auf dem Meeresgrund, der ganze Bestand der damaligen Schwarzmeerflotte. Seit 2017 ist das Denkmal auf dem russischen 200-Rubel-Schein abgebildet.

Die unabhängige Ukraine bot Sewastopol keine alternative Zukunftsvision, umso größer wurde der Wert der Stadt für den russischen nationalistisch-imperialen Diskurs. Die lokalen Anhänger Russlands, und davon gab es in

Sewastopol sicherlich mehr als an jedem anderen ukrainischen Ort, nannten ihren Widerstand „gegen die Ukrainisierung“ die „dritte Verteidigung“ von Sewastopol. Nach der Annexion wurde dieser Begriff zu einem Teil des offiziellen Narrativs.⁰⁹

„DIE KRIM WAR SCHON IMMER RUSSISCH“

Dass die Krim „schon immer russisch“ gewesen sei, ist wohl der am weitesten verbreitete Krim-Mythos. Die Tatsache, dass sich eine solche Sichtweise trotz ihrer offensichtlichen ahistorischen Absurdität etablieren konnte, zeugt von Russlands außerordentlicher Effizienz beim Vertreiben der Völker und beim Umschreiben der Geschichte. Die muslimischen Krimtataren passten von Anfang an nicht ins Bild vom Garten Eden. Die neue Macht wollte das eroberte Land nicht nur unterwerfen, sie wollte es vor allem mit neuen Inhalten und neuen Menschen füllen. So begann schon Grigori Potjomkin, die Krimtataren zu vertreiben und orthodoxe Christen auf die Krim zu bringen.¹⁰ Darunter waren zahlreiche Griechen und Armenier, aber vor allem „orthodoxe Russen“. Die Statistik erfasste damals nur

⁰⁹ Vgl. Igor Kasatonow, *Tretja oborona Sewastopolja* [Die dritte Verteidigung von Sewastopol], in: *Iswestija*, 6.5.2016, <https://iz.ru/news/612622>.

¹⁰ Vgl. Andreas Kappeler, *Rußland als Vielvölkerreich: Entstehung – Geschichte – Zerfall*, München 1992, S. 47–53.

⁰⁸ Vgl. Arkadij Tschikin, *Sewastopol, Istoriko-literaturnyj spravotchnik* [Sewastopol, ein historisches und literarisches Handbuch], Sewastopol 2008.

die kirchliche und keine ethnische oder sprachliche Zugehörigkeit und machte keinen Unterschied zwischen Russen und „Kleinrussen“, also Ukrainern. Tatsächlich kamen viele Siedler aus dem Gouvernement Neurusland, den kürzlich eroberten südkrainischen Gebieten. Die Krimtataren wurden nach und nach mit wirtschaftlichen und politischen Mitteln zur Auswanderung gezwungen, vor allem ins Osmanische Reich. Gegen Mitte des 19. Jahrhunderts hatten etwa die Hälfte der Krimtataren, geschätzte 400 000 Menschen, ihre Heimat verlassen, noch mehr gingen nach dem Krimkrieg, und so wurden sie mit etwa 100 000 zu einer Minderheit im eigenen Land.¹¹ Es folgten Pogrome während des Bürgerkriegs und eine Hungersnot, woran etwa 15 Prozent der Krimtataren starben. Bis zum Ende der 1930er Jahre schrumpfte der Anteil der Krimtataren an der Gesamtbevölkerung der Halbinsel auf unter 20 Prozent, die Russen stellten damals aber immer noch keine Mehrheit. Dies änderte sich erst nach den Deportationen von 1944.

Unter dem Vorwand der Kollaboration mit den Nationalsozialisten deportierten sowjetische Sicherheitsbehörden wenige Tage nach der Rückeroberung der Halbinsel die gesamte krimtatarische Bevölkerung – 200 174 Menschen. In den folgenden Jahren starben geschätzt bis zu 46 Prozent der Krimtataren.¹² Auch andere nichtslawische Bevölkerungsgruppen wurden nach Zentralasien oder in verschiedene Regionen Russlands, vornehmlich in den Ural, verschleppt, darunter 61 977 Deutsche, 16 006 Griechen, 12 628 Bulgaren, 9821 Armenier, rund 1000 Krimitaliener sowie einige Hundert Vertreter anderer Minderheiten, vor allem Karäer und Roma.¹³ Fast alle Ortschaften, die noch krimtatarische Namen trugen, wurden umbenannt. Nach dem Krieg und den Deportationen blieb etwa ein Drittel der einstigen Einwohner auf der Krim.¹⁴ Erst dadurch wurden Russen zur Mehrheit auf der Halbinsel.

Die russische Lesart der Krim als Bühne des Weltgeschehens, auf der mal die einen, mal die

anderen Akteure auftraten, impliziert, dass keine Bevölkerungsgruppe dort als wirklich „indigen“ gelten kann. Alle seien zugezogen, niemand sei ursprünglich, und damit wären auch alle möglichen Ansprüche auf einen Sonderstatus sinnlos und unbegründet. Zum entscheidenden Faktor wird die Größe. Wie nicht anders zu erwarten, bediente auch Putin diese Zahlenrhetorik: „Ja, es gab eine Zeit, in der die Krimtataren, wie auch einige andere Völker der UdSSR, grausamem Unrecht ausgesetzt waren. Ich will eines sagen: Viele Millionen Menschen verschiedener Nationalitäten haben damals unter Repressionen gelitten, vor allem aber natürlich russische Menschen.“¹⁵

Mit einer ähnlichen Formel wurde in der UdSSR der Holocaust relativiert. Es hieß, die Juden hätten zahlenmäßig nur einen kleinen Teil der sowjetischen Kriegsoffer ausgemacht und sollten daher nicht gesondert erwähnt werden. Was Putin in diesem kurzen Satz unterschlägt, ist im Grunde die ganze Leidensgeschichte der Krimtataren seit der russischen Eroberung im 18. Jahrhundert. Auch die sowjetischen Repressionen gegen sie waren alles andere als typisch: Im Gegensatz zu den meisten anderen vertriebenen Völkern, die kurz nach Stalins Tod in ihre Heimatregionen zurückkehren konnten, blieb dies den Krimtataren bis zum Zerfall der UdSSR verwehrt.

So kam jene Krim zustande, die Putin nun zu einem organischen Teil Russlands erklärte: „Unsere gemeinsame Geschichte und unsere gemeinsamen Wurzeln, unsere Kultur und ihre spirituellen Ursprünge, unsere Grundwerte und unsere Sprache haben uns für immer miteinander verbunden.“¹⁶ Aus dem Munde Putins enthält dieser Satz aber auch eine unbeabsichtigte Pointe. Neben den zwangsumgesiedelten russischen und ukrainischen Kolchose-Bauern bestand ein erheblicher Teil der neuen Bewohner der Krim aus Angehörigen und Veteranen der Streitkräfte, der Geheimdienste und der Partei. Einerseits wurde die Halbinsel weiter zum militärischen Vorposten Russlands im Süden ausgebaut, andererseits achteten die Machthaber auf die Loyalität der neuen Bevölkerung, und dafür wurden besonders staatsstreu Menschen mit einer Umsiedlung ins sowjetische Paradies belohnt. Diese Politik, die bis in die 1970er Jah-

11 Vgl. Gwendolyn Sasse, *The Crimea Question: Identity, Transition, and Conflict*, Cambridge MA 2007, S. 74f.

12 Vgl. Sergej Gromenko, *Deportazija krymskich tatar [Die Deportation der Krimtataren]*, 2017, <https://ru.krymr.com/a/28491315.html>.

13 Vgl. ders., *Deportazija schitelej Kryma [Die Deportation der Krimbewohner]*, 2017, <https://ru.krymr.com/a/28571010.html>.

14 Vgl. Kent (Anm. 7), S. 140.

15 Putin (Anm. 1).

16 Ebd.

re andauerte, erklärt einige Eigentümlichkeiten der aktuellen Demografie der Krim und ist zudem einer der Gründe, warum die Übertragung an die Ukrainische Sowjetrepublik dort einen so nachhaltig negativen Eindruck hinterlassen hatte.

„CHRUSCHTSCHOWS GESCHENK“

Am 19. Februar 1954 wurde die Krim, die nach dem Zerfall des Zarenreichs zur Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik gehörte, der Ukraine zugeschlagen. Nach einer verbreiteten Meinung geschah dies auf Initiative des Parteichefs Nikita Chruschtschow. Der Mythos von „Chruschtschows Geschenk“ ist so populär, dass er sich auch international etablierte und selbst von großen Medien immer wieder aufgegriffen wird. So schrieb zum Beispiel die „Süddeutsche Zeitung“ 2014 plump: „Eigentlich hat Chruschtschow 1954 die Halbinsel der Ukraine geschenkt.“¹⁷

Ob es tatsächlich in erster Linie Chruschtschow war, der den Transfer vorangetrieben hat, ist nicht restlos geklärt. In den Unterlagen der beteiligten Organe sind lediglich ihre Beschlüsse festgehalten, nicht aber die Sitzungsprotokolle. Offiziell wurde als Begründung „gemeinsame Wirtschaft, territoriale Nähe und enge ökonomische und kulturelle Bindungen zwischen der Region Krim und der Ukrainischen SSR“ angegeben. Die seriöse historische Forschung geht heute davon aus, dass es sich um eine schnell, aber gründlich vorbereitete kollektive Entscheidung gehandelt hat, die angesichts der gemeinsamen Infrastruktur durchaus sinnvoll war. Die Idee, die Übergabe der Krim zum symbolischen Zeichen der „ewigen Freundschaft“ anlässlich des 300. Jubiläums des Vertrags von Perejaslaw zu machen, der in Russland als „Vereinigung“ mit der Ukraine interpretiert wird, gilt dagegen eher als Zufall.¹⁸

Die Zeit nach Stalins Tod war eine Phase großer Reformen, und eine davon war auf der Krim viel deutlicher zu spüren als der Übergang in ukrainische Verwaltung. 1955 begann die Sowjetunion, ihre Streitkräfte zu reduzieren. Innerhalb

weniger Jahre wurde die Truppe von über fünf Millionen auf weniger als drei Millionen verkleinert. Die sowjetische Führung präsentierte es als eine Geste der Entspannung, dabei war eine derart große Armee in der Nachkriegszeit vor allem eine zu große wirtschaftliche Belastung. Zum Hintergrund der Reform gehörte auch der Machtkampf zwischen zwei einflussreichen Militärs, dem Verteidigungsminister Georgi Schukow und seinem Stellvertreter, den Kommandanten der Kriegsmarine Nikolai Kusnezow. Die Rivalen vertraten unterschiedliche Konzepte für die Zukunft der Streitkräfte: Schukow setzte auf Langstreckenraketen und Panzer, Kusnezow auf eine tiefe Integration der Landtruppen mit der Marine.

Im Oktober 1955 explodierte und versank an der Reede von Sewastopol das Flaggschiff der Schwarzmeerflotte „Noworossijsk“. Diese nie überzeugend aufgeklärte Katastrophe, die mehrere Hundert Seeleute das Leben kostete, nahm Schukow zum Anlass, Kusnezow abzusetzen und die Truppenstärke zu einem unverhältnismäßig hohen Anteil auf Kosten der Flotte zu reduzieren. Erhebliche Kürzungen erfuhren auch technische Dienste und Sanitärtruppen. Viele Offiziere wurden kurz vor ihrer Pensionierung entlassen, andere waren gezwungen, in denselben Funktionen als Zivilisten zu arbeiten: für weniger Geld und ohne Aussicht auf erhöhte Renten und andere Privilegien des Militärs. Auf der hochmilitarisierten Krim traf es viele Familien, besonders in Sewastopol. Sie empfanden das als Verrat und machten Chruschtschow persönlich dafür verantwortlich. Eine Generation später waren diese schmerzhaften Erfahrungen nicht mehr akut, die Kränkung aber blieb im kollektiven Gedächtnis und wurde auf den Transfer der Krim an die Ukraine als die einzige nachhaltige Folge der Reformen projiziert. Eine Rolle mag auch gespielt haben, dass Chruschtschows Nachfolger ihn als exzentrisch und „voluntaristisch“ darstellten. Wenn also heute die Vertreter der offiziellen Linie behaupten, die russische Bevölkerung der Krim habe die Übertragung an die Ukraine immer als illegitim betrachtet, haben sie nicht ganz unrecht.¹⁹

¹⁷ Warum die Krim für Russland so wichtig ist, 1.3.2014, www.sueddeutsche.de/1.1900897.

¹⁸ Vgl. Sasse (Anm. 11), S. 107–126.

¹⁹ Vgl. Tatjana Senjuschkina, Wossojedinenije Kryma s Rossiej kak etnopolititscheskij process [Die Wiedervereinigung der Krim mit Russland als ethnopolitischer Prozess], in: Polititscheskaja ekspertisa, 2015, S. 76.

Putin knüpfte in seiner Annexions-Rede 2014 ebenfalls an die Tradition an, Chruschtschow zum Sündenbock für alles Mögliche zu machen: „Ob es ihm darum ging, die Unterstützung der ukrainischen Nomenklatura zu gewinnen oder die Organisation der Massenrepressionen in der Ukraine in den 1930er Jahren wiedergutzumachen – damit sollen sich die Historiker befassen. Für uns ist noch etwas anderes wichtig: Diese Entscheidung wurde unter klarer Verletzung der schon damals geltenden Verfassungsnormen getroffen.“²⁰

„SCHULD SIND DIE JUDEN, WER SONST?“

So unhistorisch die offizielle russische Version auch sein mag, sie ist bei Weitem nicht die einzige. Es scheint zumindest in Russland eine Art Naturgesetz zu sein, dass es für jedes Ereignis, bei dem jemand zu Schaden gekommen ist, eine antisemitische Erklärung gibt.

Eine als „Krim-Kalifornien“ bekannte Verschwörungserzählung bezieht sich auf tatsächliche Versuche, in den 1920er Jahren eine jüdische Autonomie auf der Krim zu gründen, die von jüdischen Organisationen in den USA unterstützt wurde. Anhänger von „Krim-Kalifornien“ behaupten, dass die sowjetische Führung die Halbinsel damals an diese Organisationen verpfändet habe. Diese hätten dann sowjetische Schulden genutzt, um während des Zweiten Weltkriegs von Stalin zu verlangen, die Krimtataren von der Krim zu deportieren, um Platz für einen jüdischen Staat zu schaffen. Unter dem Druck der jüdischen Lobby habe US-Präsident Franklin D. Roosevelt Stalin mit den Verzögerungen von Waffenlieferungen und dem Kriegseintritt in Europa erpresst, deswegen habe die Landung in der Normandie erst nach der Deportation der Krimtataren stattgefunden. Nach dem Krieg habe Stalin die Gründung Israels unterstützt, um die Krim nicht hergeben zu müssen. Paradoxiertweise erscheint ausgerechnet Chruschtschow in diesem Märchen als Retter der Krim und Vollstrecker

von Stalins Willen: Nachdem die Halbinsel kein Teil Russlands mehr war, seien auch die Ansprüche der amerikanischen Juden verfallen.²¹

Diese Erzählung hat eine unübersehbare Ähnlichkeit mit dem Narrativ, das „Kyjiwer Regime“ säubere im Auftrag der USA und Israels den Südosten der Ukraine von ethnischen Russen, um einen Massentransfer israelischer Juden zu ermöglichen, die der Situation im Nahen Osten überdrüssig seien. Derlei Thesen verbreitete etwa Putins einstiger Wirtschaftsberater Sergej Glasjew.²²

Sollte die russische Besatzung der Krim zum dauerhaften Zustand werden, würde dies einerseits den imperialistischen Charakter Russlands weiter befestigen und eine wie auch immer entfernte Perspektive seiner Liberalisierung und Demokratisierung nachhaltig erschweren. Andererseits würde die Wiederherstellung der ukrainischen Souveränität über alle aktuell besetzten Gebiete das noch imperiale Russland vor die Notwendigkeit stellen, sich neu zu erfinden, und würde möglicherweise zur Gründung eines neuen Staates oder mehrerer neuen Staaten an seiner Stelle führen.

²⁰ Putin (Anm. 1).

²¹ Vgl. Sergej Gromenko, Mif o Krymskoj Kalifornii [Der Mythos von Krim-Kalifornien], 3.9.2017, <https://ru.krymr.com/a/28713345.html>.

²² Vgl. Ksenia Krimer, Der böse Jude ist wieder da, 1.7.2023, www.faz.net/18999308.html.

NIKOLAI KLIMENIOUK

ist Journalist und politischer Bildner und lebt in Berlin.



DIE KRIM UND DIE KRIMTATAREN

Eine historische Perspektive

Rory Finnin

Es war eine sorgfältig vorbereitete, gewaltsame Eroberung eines souveränen Territoriums in einem unabhängigen europäischen Land: Am 27. Februar 2014 umstellten russische Soldaten ohne Hoheitsabzeichen den Luftwaffenstützpunkt Belbek in der Autonomen Republik Krim in der Ukraine. Am nächsten Tag besetzten sie den Flughafen von Simferopol, über den zahlreiche weitere Truppen eingeflogen wurden, um die Schwarzmeerhalbinsel einzunehmen.⁰¹ Lokale Aktivisten reagierten, indem sie Freiwillige mobilisierten, die das ukrainische Militär mit Lebensmitteln und Vorräten versorgten, und internationalen Journalisten Zugang zu unabhängigen Informationen verschafften. Unterdessen erging sich Wladimir Putin in Moskau in Lügen und Ausflüchten und bezeichnete seine Invasionsstruppen als „lokale Selbstverteidigungseinheiten“.⁰² Während die Weltöffentlichkeit ratlos und verwirrt auf die Krim blickte, walzten russische Panzer die Mauern des Stützpunkts nieder und beschossen Mi-8-Hubschrauber ukrainische Marineangehörige, die sodann aus ihren Kasernen gezerrt, gedemütigt und in Handschellen abgeführt wurden.⁰³ Die Annexion der Krim markiert nicht nur den Punkt, an dem zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg das Territorium eines europäischen Landes durch ein anderes Land gewaltsam besetzt wurde, sondern steht auch für den Beginn eines langen, quälenden Jahrzehnts der militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine, deren Ende nicht absehbar ist – es sei denn, der Westen bekennt sich klar und deutlich dazu, die Grundsätze des Völkerrechts zu verteidigen.

In Nachrichtensendungen und sozialen Medien reagierten Russen auf die Besetzung von 2014 mit einem höhnischen Meme: *KrymNasch*, „Die Krim gehört uns“ – eine klassische imperialistische Botschaft. Mit unverfrorenen, beharrlichen Ansprüchen auf Gebiete lenken Imperien gern von Zweifeln hinsichtlich ihrer eigenen politi-

schen Legitimität ab. *KrymNasch* markiert den Höhepunkt eines Diskurses über den Besitz der Krim, der in der russischen Kultur und Gesellschaft seit Langem geführt wird und in dem die Halbinsel als Objekt der Begierde, der Eroberung und der Kontrolle dargestellt wird.

Für die Krimtataren ist die Krim jedoch kein Objekt, kein Territorium, das man erobern und besitzen kann. Für die größte indigene Bevölkerungsgruppe der Halbinsel, die sunnitischen Nachkommen verschiedener ethnischer Gruppen, deren Wurzeln bis in die Antike und zu den mongolischen Nomaden der Goldenen Horde im 13. Jahrhundert zurückreichen, ist die Krim Teil ihrer kollektiven Subjektivität und damit eng mit ihrer nationalen Identität verwoben – für sie heißt es nicht „Die Krim gehört uns“, sondern „Die Krim sind wir“. Die enge Beziehung zwischen den Krimtataren und ihrer angestammten Heimat steht in direktem Gegensatz zu der Behauptung, die Krim sei „immerwährendes russisches Land“, wie Putin hartnäckig behauptet.⁰⁴ Aus diesem Grund haben russische wie sowjetische Anführer seit Jahrhunderten versucht, die Krimtataren durch Ausgrenzung, Unterdrückung und ethnische Säuberung ins Abseits zu drängen und auszurotten. Diese Kampagne dauert auch heute noch an, inmitten der Schrecken der russischen Großinvasion in die Ukraine. Unverhältnismäßig viele junge Krimtataren werden von den russischen Besatzern zum Militärdienst gezwungen.⁰⁵ Aktivisten und Journalisten der Krimtataren werden mit willkürlichen Verhaftungen und drakonischen Gefängnisstrafen drangsaliiert, und die seit Langem bestehende pazifistische muslimische nationale Bewegung wird durch brutale Aktionen herausgefordert.⁰⁶

In traditionellen westlichen Geschichtsanalysen über die Krim, die sich dem Einfluss der russischen Geschichtsschreibung mit ihrer imperialistischen Agenda nicht entziehen konn-

ten, wurden die Krimtataren trotz ihrer zentralen Bedeutung für die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Krim lange vernachlässigt. Und seit 2014 hat die Forschung die Krimtataren praktisch vergessen, ihre Bestrebungen und Kämpfe unter russischer Besatzung werden heruntergespielt und ignoriert. Wenn man die Erfahrungen der Krimtataren in den Vordergrund rückt, leistet man daher einen wesentlichen Beitrag dazu, die Slawistik und Osteuropawissenschaften von ihrem kolonialen Erbe zu befreien, und beginnt damit, die Krim gewissermaßen „epistemisch zu deokkupieren“.

DER SÜNDENFALL: RUSSISCHE KOLONISIERUNG

Die vielfältigen und komplexen Erfahrungen der Krimtataren zu erforschen, bedeutet, sich mit einem entscheidenden historischen Phänomen zu befassen, das in herkömmlichen akademischen Studien über die Krim allzu oft unter den Teppich gekehrt wird: dem Siedlerkolonialismus. Von Siedlerkolonialismus spricht man, wenn ein Reich oder Staat in einem eroberten Gebiet die einheimische Bevölkerung verdrängt und ersetzt. Oder wie der Historiker Patrick Wolfe erklärt: „Siedlerkolonien werden nicht in erster Linie gegründet, um einen Mehrwert aus der Arbeit der angestammten Bevölkerung zu erzielen. Vielmehr geht es darum, Einheimische zu verdrängen (oder sie zu ersetzen); wie Deborah Bird Rose betont, muss die ursprüngliche

Bevölkerung gar nicht viel tun, um im Weg zu sein, es genügt, wenn sie in ihrer Heimat bleiben will.“⁰⁷ Die Krim ist nicht nur ein Gebiet des Siedlerkolonialismus, sondern auch mit ideologischer Bedeutung aufgeladen und wird in der sowjetischen und russischen Vorstellungswelt als homogener Raum gesehen, dicht gefüllt mit einer Rhetorik des „Ruhms“ und des „Heldentums“. Die lebendige Vergangenheit der angestammten Bevölkerung hat darin keinen Platz und wird entsprechend totgeschwiegen.

Von den russischen Besatzern wird diese Vergangenheit nun verschüttet oder ausgelöscht, etwa wenn Schützengräben in alte krimtatarische Grabhügel gegraben oder Balken aus dem Hansaray, dem Palast des krimtatarischen Khans in Bağçasaray (krimtatarische Bezeichnung für Bachtschissarai), herausgerissen werden.⁰⁸ Über drei Jahrhunderte lang, von 1443 bis 1783, herrschten die Khane der Krimtataren über die Halbinsel und die Steppenregion der Südukraine. Unter ihrer Regierung blühte der Handel mit Weizen, Salz und Sklaven; die gesamte Schwarzmeerregion war durchzogen von Handelswegen, die bis heute Spuren hinterlassen haben. Die reiche Kultur und Literatur standen in regem Austausch mit türkischen, persischen und arabischen Traditionen und zogen Schriftsteller und Wissenschaftler wie Joseph von Hammer-Purgstall, Iwan Franko und Ahatanhel Krymskyj in ihren Bann.⁰⁹ Im 17. Jahrhundert waren die Krimtataren dank ihrer militärischen Fähigkeiten aktiv daran beteiligt, die Landkarte Europas zu verändern, als sich ihr Khan mit dem kosakischen Hetman Bohdan Chmelnyzkyj gegen den polnischen König verbündete und so der ukrainische Kosaken-Protostaat (1649–1764) entstand. Doch bereits im 18. Jahrhundert erlebte das Kha-

01 Dieser Artikel basiert auf Material aus Rory Finin, *Blood of Others: Stalin's Crimean Atrocity and the Poetics of Solidarity*, Toronto 2022. Zur Chronologie der Annexion vgl. Michael Kofman et al., *Lessons from Russia's Operations in Crimea and Eastern Ukraine*, Santa Monica 2017, S. 8f.

02 Vladimir Putin Answered Journalists' Questions on the Situation in Ukraine, 4. 3. 2014, <http://eng.kremlin.ru/news/6763>.

03 Rossijskie wojennyje schturmom wzjali basu morpechow w Feodosii [Russische Einheiten haben die Marineinfanteriebasis in Feodosija gestürmt], 24. 3. 2014, www.rbc.ru/society/24/03/2014/570419f19a794761c0ce843b.

04 Oblaschtschenije Prezidenta Rossijskoi Federaziji [Ansprache des Präsidenten der Russländischen Föderation], 18. 3. 2014, <http://kremlin.ru/events/president/news/20603>.

05 Vgl. Council of Europe/Commissioner for Human Rights, *Crimean Tatars' Struggle for Human Rights*, 18. 4. 2023, <https://rm.coe.int/1680aaeb4b>.

06 Vgl. etwa Halya Coynash, *Crimean Tatar Journalist and Activists Face Huge Sentences in Russia's Retaliation for Humiliating Attack by Ukraine*, 27. 12. 2023, <https://khpg.org/en/1608813229>.

07 Patrick Wolfe, *Settler Colonialism and the Transformation of Anthropology. The Politics and Poetics of an Ethnographic Event*, London–New York 1999, S. 1. Wolfe zitiert die Anthropologin Deborah Bird Rose, *Hidden Histories: Black Stories from Victoria River Downs, Humbert River and Wave Hills Stations*, Canberra 1991, S. 46.

08 Das Innere des Hansaray wurde im Rahmen einer „Potemkinschen Reparatur“, wie sie der krimtatarische Aktivist Edem Dudakov nennt, schwer beschädigt, da die russischen Besatzer Handwerker beauftragten, die auf dem Gebiet völlige Neulinge waren. Siehe Chanskij dworez w Krymu: unitschtschenije pod prikrityjem restawraziji [Der Khanspalast auf der Krim: Zerstörung unter dem Deckmantel der Restaurierung], 27. 12. 2017, www.youtube.com/watch?v=cBhNtYnwLwY.

09 Vgl. etwa Joseph von Hammer-Purgstall, *Geschichte der Chane der Krim unter Osmanischer Herrschaft*, Wien 1856.

nat einen jähen geopolitischen Niedergang. Zwischen 1772 und 1782 fiel die russische Zarin Katharina II. viermal auf der Krim ein. 1783 gelang es ihr schließlich, das Khanat zu erobern und ins Russische Reich einzugliedern. Als sie 1787 triumphierend in den Hansaray einzog, drehten die krimtatarischen Einwohner von Bağcasaray ihrem Eroberern trotzig den Rücken zu.¹⁰

Mit dem Untergang des Khanats setzte der russische Siedlerkolonialismus ein, der zur Vertreibung der Krimtataren aus ihrer Heimat und der Unterdrückung ihrer Kultur führte. Im 19. Jahrhundert flohen die Krimtataren in mehreren Wellen ins Osmanische Reich. Einen Höhepunkt erreichte die Auswanderung nach dem Krimkrieg, bei dem die Krimtataren fälschlicherweise und nicht zum letzten Mal des kollektiven Verrats bezichtigt wurden.¹¹ 1857 sprach Zar Alexander II. ganz offen von der „Säuberung [*otschischtschenije*] der gesamten Krim von den Tataren“, um sie durch „Bauern aus den inneren Provinzen“ zu ersetzen.¹² Zu der Zeit stellten die Krimtataren fast 80 Prozent der Einwohner der Krim. Bis 1900 sank ihr Anteil auf etwa 25 Prozent.

Im 20. Jahrhundert wollte Stalin vollenden, was Alexander II. begonnen hatte. Im Mai 1944, nach dem Rückzug der deutschen Wehrmacht von der Krim, ließ er die verbliebene krimtatarische Bevölkerung – etwa 200 000 Menschen – nach Zentralasien und in andere abgelegene Regionen der Sowjetunion deportieren. Stalins Gräueltat – in der Sprache der Krimtataren *Sürgün* („Das Exil“) genannt – hat heute eine tragische Parallele, wenn aus der besetzten Ukraine Tausende Zivilisten verschleppt werden; eine Maßnahme, die laut Amnesty International als Kriegsverbrechen oder gar als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu werten ist.¹³

10 Siehe den Bericht in Louis-Philippe de Ségur, *Mémoires ou Souvenirs et anecdotes*, Bd. 3, Brüssel 1825, S. 179.

11 Vgl. Edward J. Lazzerini, *The Crimea under Russian Rule, 1783 to the Great Reforms*, in: Michael Rywkin (Hrsg.), *Russian Colonial Expansion to 1917*, London 1988, S. 123–138. Zur krimtatarischen Auswanderung ins Osmanische Reich vgl. Kemal H. Karpat, *Ottoman Population, 1830–1914: Demographic and Social Characteristics*, Madison 1985.

12 Russisches historisches Staatsarchiv (RGIA), f. 384, op. 8, d. 434, l. 23, zit. in: Walerij E. Wosgrin, *Istorija krymskich tatar [Die Geschichte der Krimtataren]*, Bd. 2, Simferopol 2013, S. 616.

13 Vgl. Amnesty International, „Like A Prison Convoy“. Russia's Unlawful Transfer and Abuse of Civilians in Ukraine During „Filtration“, November 2022, www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2022/11/EUR5061362022ENGLISH.pdf, S. 31 ff.

Bei Stalins Aktion, die am 18. Mai 1944 in der Nacht begann, hatten die Krimtataren nur wenige Minuten Zeit, um ihre Habseligkeiten zusammenzusuchen, dann wurden sie mit Waffengewalt aus ihren Häusern geholt und von Tausenden Mitarbeitern des sowjetischen Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten (NKWD) in die Viehwaggons wartender Züge getrieben, die sie nach Zentralasien oder ins Uralgebirge brachten. Zeugenaussagen zufolge wurden die Kranken und Verletzten, die nicht transportfähig waren, „liquidiert“. Auch diejenigen, die sich dem Deportationsbefehl widersetzen, wurden erschossen.¹⁴ Bei der brutalen Vertreibungs- und Enteignungsaktion wurden in Waggons, die für „40 Personen oder 8 Pferde“ gedacht waren, bis zu 200 Männer, Frauen und Kinder gepfercht.¹⁵ Die Türen der Waggons ließen sich 18 Tage lang nicht öffnen.¹⁶ Es gab keine Toiletten und auch kein Trinkwasser: Die Deportierten lebten von Regenwasser, das durch Ritzen und Löcher in die Waggons drang. Tausende Deportierte starben aufgrund der unmenschlichen Bedingungen während des Transports, der fehlenden Versorgung mit Wasser und Lebensmitteln und der Misshandlungen durch die Männer des NKWD.¹⁷ Nach der Ankunft am Zielort ging das Sterben weiter: In den *spetsposeleniia* („Sondersiedlungen“) kamen Tausende durch Hunger, Kälte und Krankheiten um.¹⁸ Viele Krimtataren sind der Ansicht, dass in den ersten Jahren des Exils die Hälfte ihrer Bevölkerung ihr Leben verlor.¹⁹

Ortsnamen und -bezeichnungen der Krimtataren wurden von der Landkarte getilgt und

14 Vgl. Wosgrin (Anm. 12), Bd. 4, S. 180ff., S. 197.

15 Refat Kurtijew (Hrsg.), *Deportazija krymskich tatar [Die Deportation der Krimtataren]*, Simferopol 2004, S. 50.

16 Vgl. Wosgrin (Anm. 12), Bd. 4, S. 197.

17 Michael Rywkin zufolge kamen bei der Deportation an sich fast 8000 Krimtataren ums Leben. Vgl. Michael Rywkin, *Moscow's Lost Empire*, Armonk 1994, S. 67.

18 Vgl. Brian Glyn Williams, *The Crimean Tatars. The Diaspora Experience and the Forging of a Nation*, Leiden 2001, S. 237. Im April 1956 wurde die „Sondersiedlungsregelung“ aufgehoben, und Krimtataren durften umziehen, nicht jedoch zurück auf die Krim.

19 Vgl. Gulnara Bekirowa, *Krymskotatarskaja problema w SSSR [Die Frage der Krimtataren in der UdSSR, 1944–1991]*, Simferopol 2004, S. 108. Williams zufolge war der Anteil der in den ersten fünf Jahren Getöteten vermutlich niedriger und lag bei „vielleicht dreißig Prozent der deportierten Bevölkerung“. Williams (Anm. 18), S. 401.

aus Nachschlagewerken entfernt, ihre Häuser und ihr Besitz wurde unter den slawischen Siedlern verteilt, die vom sowjetischen Staat angeworben worden waren. Allein in den Jahren 1944 bis 1946 wurden über 64 000 Siedler aus fünf Oblasten der Russischen SFSR und vier Oblasten der Ukrainischen SSR auf die Krim transportiert, wo ihnen Häuser der Krimtataren zugewiesen wurden, für deren Instandsetzung sie staatliche Zuschüsse erhielten. In den 1950er Jahren trafen Zehntausende weitere Siedler ein.²⁰ Die sowjetischen Behörden beschrieben das Vorhaben, die Demografie der Halbinsel dauerhaft zu verändern, in anschaulichen Worten als die Aufgabe, „die Krim zu einer neuen Krim mit ihrer eigenen russischen Form zu machen“.²¹

Die Wiederbesiedlung der Halbinsel konnte jedoch den Verlust der Krimtataren und ihrer Erfahrung beim Anbau von Wein und Tabak nicht wettmachen. Auch nach dem Krieg kam die Wirtschaft der Krim nicht so recht in Schwung.²² Laut Dmitri Poljanski, der von 1953 bis 1954 der KP der Krim vorstand, vertrat der sowjetische Staatschef Nikita Chruschtschow die Ansicht, dass „Russland der Entwicklung der Krim wenig Aufmerksamkeit geschenkt habe“ und „die Ukraine die Krim effektiver verwalten könne“.²³ Und so verkündete die Leitung des Obersten Sowjets im Februar 1954, dass Russland die Oblast Krim offiziell an die Sowjetrepublik Ukraine übergebe. Die Diskussion über diese Entscheidung hatte der russische Politiker Michail Tarasow mit den Worten eröffnet, die Krim sei eine „natürliche Fortsetzung der südlichen Steppe der Ukraine“, deren Wirtschaft mit der ukrainischen „eng verbunden“ sei.²⁴

Chruschtschows Schwiegersohn, der Journalist und Herausgeber Alexei Adschubei, bezeich-

nete die Abtretung als „geschäftliche Transaktion“, die der wirtschaftlichen Entwicklung der Krim diene. Tatsächlich sollte sie sich schon bald auszahlen. 1957 nahmen die ukrainischen Behörden in Kyjiw ein Projekt in Angriff, das jahrzehntelang ein russischer Wunschtraum gewesen war: den Bau des Nord-Krim-Kanals, der das Wasser des bei Cherson aufgestauten Dnepr zur Versorgung der Bevölkerung und Bewässerung der Felder auf die Halbinsel leitet. Die wirtschaftliche Lage auf der Krim, vor allem der Landwirtschaft, verbesserte sich erheblich. Auch der Tourismus blühte auf: Entlang der Südküste entstanden riesige Sanatorien für die sowjetische Elite, die das Bild eines sowjetischen Shangri-La am Schwarzen Meer prägten.

Erst in späteren Jahren wurde der Erfolg der Ukraine bei der Entwicklung der Krim in Abrede gestellt und die Übergabe an die Ukraine in hartnäckigen Desinformationskampagnen als „Geschenk Chruschtschows“ – oder schlimmer noch, als „Chruschtschows Fehler“ – mythologisiert. Doch die Übergabe der Krim an die Ukraine war kein Fehler. Es war ihre Rettung.

BEISPIEL FÜR RESILIENZ: DIE NATIONALE BEWEGUNG DER KRIMTATAREN

Während sich die sowjetisch-ukrainischen Behörden um eine Wiederbelebung der Krim bemühten, kämpften die Krimtataren mit dem Trauma der Vertreibung und des Exils. Ihre Reaktion darauf war die Bildung der größten, am besten organisierten und dauerhaftesten Protestbewegung der sowjetischen Geschichte. Die Kampagne für Anerkennung und Repatriierung basierte auf den Grundsätzen des gewaltlosen Widerstands gegen Unrecht und staatliche Unterdrückung. Damit hatte sie nachhaltigen Einfluss auf die organisatorische Infrastruktur und die moralische Ausrichtung der sowjetrussischen Dissidentenbewegung. So standen beispielsweise die „Informationsbulletins“ der Krimtataren, in denen staatliche Missstände dokumentiert und offene Briefe zusammengestellt wurden, Pate für die akribische und sachliche Samisdat-Zeitschrift „Chronika tekuschtschych sobytij“ („Chronik der laufenden Ereignisse“). Zugleich fungierten ihre „Initiativgruppen“ als Vorbild und Namensgeber für die „Initiativgruppe zur Verteidigung der Menschenrechte

20 Vgl. Wiktor Kotyhorenko, Krymskotatarskii repatrijanty: problema sozialnoji adaptaziji [Die krimtatarischen Rückkehrer: Probleme der sozialen Integration], Kyjiw 2005, S. 14.

21 Russisches Staatsarchiv für sozio-politische Geschichte (RGASPI), f. 14, op. 44, d. 759, l. 103, zit. in: Bekirowa (Anm. 19), S. 44.

22 Vgl. Constantine Pleshakov, *The Crimean Nexus. Putin's War and the Clash of Civilizations*, New Haven–London 2017, S. 90.

23 Olga Gleser et al., *Krym w fewrale 1954* [Die Krim im Februar 1954], in: *Moskowskije nowosti*, 2.2.1992, S. 10.

24 Stenogramma asedaniia Presidiuma Verchajownogo Sowjeta SSSR [Mitschrift der Sitzung des Präsidiums des Obersten Sowjet], 14.2.1954, in: *Istoritscheskij archiw* 1/1992, S. 48.



18. Mai 2014: Am 70. Jahrestag der Stalin'schen Deportationen versammeln sich zahlreiche Krimtataren in Simferopol, um ihrer vertriebenen Vorfahren zu gedenken. Die Fahne, die der Demonstrant hält, trägt das goldene Tamga, ein auf die Zeit des Krim-Khanats zurückgehendes Wappen, das seit 1917 das offizielle Zeichen der Krimtataren ist.

Quelle: picture alliance / dpa | Pavlishak Alexei

in der UdSSR“, deren Arbeit als erste autonome Nichtregierungsorganisation der Sowjetunion als bahnbrechend gilt.²⁵

Zu den Anführern der krimtatarischen Bewegung jener Zeit gehörte Mustafa Dschemiljew (Mustafa Cemiloğlu, auch bekannt als Mustafa Abdülcemil Qırımçoğlu), den Präsident Wolodymyr Selenskyj kürzlich zum Helden der Ukraine ernannt hat.²⁶ Dschemiljew mag klein von Wuchs sein, doch er ist ein Gigant. Als Kleinkind überlebte er die Deportation nach Zentralasien; als junger Mann überlebte er den Gulag und hielt Mitte der 1970er Jahre 303 Tage lang einen Hungerstreik durch, der weltweit für Aufsehen sorgte. Unter seiner Führung konnten sich die Krimtataren gegen das sowjetische System behaupten und erstritten sich gegen Ende von Gorbatschows Herrschaft das Recht auf Rückkehr auf die Krim. Nachdem Dschemiljew sein Leben lang für die Rückkehr der Krimtataren gekämpft hatte, ließ er sich 1989 wieder in seiner alten Heimat nieder.

Doch die Auflösung der Sowjetunion bot wenig Gelegenheit für ein Happy End, sondern brachte Armut und neuerliche Kämpfe gegen den politischen und kulturellen Chauvinismus. Dschemiljew und die gewählte Nationalversammlung, der Medschlis des Krimtatarischen Volkes, setzten auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem neuen unabhängigen ukrainischen Staat, um die Wiedereingliederung der Krimtataren auf der Krim zu erleichtern. Die lokale ukrainische Gemeinschaft, die mit der „Kryms'ka svitlytsia“ auch die einzige ukrainischsprachige Zeitung auf der Krim herausgibt, unterstützte die Krimtataren mit voller Tatkraft und betonte in zahlreichen Ausgaben der Zeitung die Bedeutung des kulturellen Austauschs und der Solidarität zwischen Ukrainern und Krimtataren. In einer Ausgabe von 1993 beschrieb der Dichter, Redak-

teur und Aktivist Aider Osman die gegenseitige kulturelle Selbsthilfe als Mittel zum Überleben: „Für die Krimtataren sind wieder schwierige Zeiten angebrochen, und in dieser komplizierten Situation spüren sie die Unterstützung durch das ukrainische Volk. Edle Ukraine! Sie hat den Krimtataren die starke Hand der Freundschaft gereicht, und zwar genau in dem Moment, als sie die Hoffnung zu verlieren begannen. Dies ist ein historisches Bekenntnis. Die Geschichte kennt viele Beispiele für die Zusammenarbeit zwischen unseren Völkern, doch das heutige Bekenntnis ist einzigartig und ewig.“²⁷

Trotz aller Mängel und Frustrationen war die Beziehung zwischen Kyjiw und den krimtatarischen und ukrainischen Gemeinschaften der Krim in den 1990er Jahren ein „im gesamten postsowjetischen Raum einzigartiges, fast einmaliges Beispiel für die Loyalität eines kleinen Volkes gegenüber einem jungen unabhängigen Staat“, wie die Historikerin Swetlana Tschernonwonnaja erklärt.²⁸ Gleichwohl führte dies bis 2013 nicht zur Verwirklichung eines zentralen Anliegen der krimtatarischen Bewegung: die offizielle Anerkennung als indigenes Volk der Ukraine. Dies geschah erst im März 2014, nachdem die russischen Streitkräfte die Kontrolle über die Halbinsel übernommen hatten – als es zu spät war.

Die brutale Annexion der Krim durch Russland veränderte alles. Praktisch über Nacht wurden Aktivisten, die mit dem Medschlis in Verbindung standen, von den de facto wieder russischen Behörden verfolgt, inhaftiert und ausgewiesen. Öffentliches Gedenken an die Deportation vom 18. Mai 1944 wurde verboten. Zehntausende Krimtataren flohen von der Krim in die Ukraine und bildeten damit die größte Gruppe von Binnenvertriebenen im Land. Dschemiljew und dem Vorsitzenden des Medschlis, Refat Tschubarow, wurde verboten, auch nur einen Fuß auf die Halbinsel zu setzen. Andere wie Ilmi Umerow – stellvertretender Vorsitzender des Medschlis, der im Mai 2016 gegenüber russischen Sicherheitsdiensten erklärte:

25 Vgl. Gorbanewskaja ob osnovanii „Chroniki tekuschtschich sobytij“ [Gorbanewskaja zur Gründung der Zeitschrift „Chronik der aktuellen Ereignisse“], in: Chronika saschtschity praw w SSSR 29/1978, S. 46. Zur Initiativgruppe für die Verteidigung der Menschenrechte in der Sowjetunion vgl. Robert Horvath, Breaking the Totalitarian Ice: The Initiative Group for the Defense of Human Rights in the USSR, in: Human Rights Quarterly 1/2014, S. 147–175.

26 Vgl. Wladyslawa Prysjaschnjuk, Mustafi Dschemiljewu pryswoily svannia Heroja Ukrainy [Wladylaw Prysjaschnjuk wurde der Titel Held der Ukraine verliehen], 13.11.2023, <https://suspilne.media/616009-mustafi-dzemilevu-prisvoili-zvannageroa-ukraini>.

27 Aider Osman, Krymskotatarska literatura: mynule ta sutschasne [Krimtatarische Literatur: Vergangenheit und Gegenwart], in: Krymska switlyzja, 29.5.1993, S. 3.

28 Swetlana M. Tschernonwonnaja, Krymskotatarskoje nazional'noje dwischenie [Die krimtatarische Nationalbewegung] (1994–1996), in: Issledowanija po prikladnoj i neotloschnoj etnologiji 101/1997, S. 16.

„Ich betrachte die Krim nicht als Teil der Russländischen Föderation“ – wurden in einer psychiatrischen Klinik zwangsbehandelt.²⁹

VERBÜNDETE

Seit der russischen Großinvasion in die Ukraine am 24. Februar 2022 hat sich das komplizierte Verhältnis zwischen Ukrainern und Krimtataren verändert; die Solidarität untereinander hat einen enormen Schub erhalten. Das erstaunliche Bild, das sich daraus ergibt, hält Lehren für den europäischen Liberalismus und sogar den globalen Islam bereit. Es ist das Porträt der sunnitisch-muslimischen Ureinwohner der Krim, die die nationale Identität eines Landes mitgestalten, das der Historiker Karl Schlögel als „Europa im Kleinen“ bezeichnet.³⁰

Im August 2022, sechs Monate nach dem russischen Überfall auf die gesamte Ukraine, nahm Präsident Selenskyj eine Videoansprache von seinem Schreibtisch in der Bankowa-Straße in Kyjiw auf. Flankiert von zwei eingerollten Flaggen sprach er zu seinen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in dem unverblühten, persönlichen Stil, der zu seinem Markenzeichen geworden ist. Sein Thema war die Krim. „Der russische Krieg gegen die Ukraine und gegen das gesamte freie Europa hat mit der Krim begonnen“, erklärte er. „Und er wird mit der Krim enden – mit ihrer Befreiung.“³¹

Selenskyjs kühne Voraussage war gleichzeitig eine dringende Mahnung. Die Krim ist der Ausgangspunkt von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, dem größten und gefährlichsten bewaffneten Konflikt in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Im Februar 2014 begann Russland den Krieg mit der militärischen Einnahme der Krim; im Februar 2022 eskalierte der Konflikt mit einer Invasion der restlichen Ukraine, die zum Teil von der Krim aus gestar-

tet wurde. Seitdem bietet die ukrainische Bevölkerung den russischen Eroberungsversuchen die Stirn und widersetzt sich zu einem entsetzlich hohen Preis und trotz einer Vielzahl russischer Kriegsverbrechen dem Neoimperialismus des Kremls auf eine Weise, die die Welt in Stauen versetzt. Derzeit kämpfen die ukrainischen Streitkräfte bei ihrer Gegenoffensive um jeden Meter, um den russischen Angriff auf das souveräne Gebiet der Ukraine abzuwehren und einen Völkermord zu verhindern. Sie leisten etwas, was viele westliche Experten noch vor wenigen Monaten für unwahrscheinlich oder gar unmöglich hielten: Sie greifen strategische russische Militäreinrichtungen auf der Krim an und erschüttern damit einmal mehr unsere konventionellen Annahmen.

Die Beschäftigung mit den Krimtataren im Zusammenhang mit der Krim und ihrer Geschichte bietet einen Schlüssel zur Entkolonialisierung unseres Fachs und zum Verständnis der heutigen Ukraine und ihrer lebendigen zivilen nationalen Identität, die derzeit vielleicht die stärkste Kraft zur Verteidigung der liberalen Demokratie ist. Im September 2023 rückte die Rolle der Krimtataren bei dieser Verteidigung ins Zentrum der Aufmerksamkeit, als Präsident Selenskyj den krimtatarischen Geschäftsmann, Aktivist und Politiker Rustem Umjerow zum Verteidigungsminister ernannte. Wie Selenskyj wagt sich auch Umjerow mit seinen Voraussagen weit vor. In einer Rede vor dem ukrainischen Parlament, der Werchowna Rada, erklärte er: „Als Kind habe ich die Härten des russischen Kolonialismus miterlebt, der den einheimischen Krimtataren das Gefühl geben sollte, dass sie Fremde in ihrem eigenen Land sind. Das ist ihnen damals nicht gelungen, und es wird ihnen nie gelingen.“³²

Aus dem Englischen von Heike Schlatterer, Pforzheim.

RORY FINNIN

ist Professor für Ukrainian Studies an der University of Cambridge und Fellow am Robinson College in Cambridge. Sein Buch „Blood of Others: Stalin’s Crimean Atrocity and the Poetics of Solidarity“ (2022) wurde unter anderem mit dem Best Book Prize der American Association for Ukrainian Studies ausgezeichnet.

29 Powtorju na dopyti schtschee ras: Krym – ze Ukraïna, – sastupnyk holowy Medschlisu [Ich wiederhole es beim Verhör noch einmal: Die Krim gehört zur Ukraine, – stellvertretender Präsident der Medschlis], 15.5.2016, <http://24tv.ua/n686073>.

30 Karl Schlögel, Entscheidung in Kiew. Ukrainische Lektionen, München 2015, S. 62.

31 My powernemosja w ukrajïnskyj Krym [Wir kehren auf die ukrainische Krim zurück], 9.8.2022, www.youtube.com/watch?v=yDSN71VV0ZM.

32 Prysnašchennja Rustema Umerowa Ministrom oborony Ukraïny [Die Ernennung von Rustem Umerow zum Verteidigungsminister der Ukraine], 6.9.2023, www.youtube.com/watch?v=3lqZl2jZny0.

SCHATTEN DER WELTKRIEGE

Die Deutschen und die Krim

Bert Hoppe

Bis zur russischen Besetzung der Krim Ende Februar 2014 war die Halbinsel für große Teile der deutschen Öffentlichkeit fast ausschließlich als Tourismusdestination im Bewusstsein präsent. Die Häfen an der spektakulären Südküste gehörten zu den festen Ankerpunkten der Kreuzfahrten durch das Schwarze Meer, über die Geschichte der Krim hingegen bestanden hierzulande bestenfalls vage Vorstellungen. Das ist angesichts der allgemeinen weitgehenden Unkenntnis über die Länder Osteuropas und insbesondere über die Ukraine nicht verwunderlich. Der deutsche Blick in Richtung Osten wurde lange Zeit durch den in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstandenen „Russlandkomplex“ geprägt,⁰¹ in dessen Schatten die Ukraine auch verblieb, als sie 1991 dauerhaft unabhängig wurde.

Eine der prominentesten Exponentinnen dieser Denkweise bleibt Gabriele Krone-Schmalz, die ihr symbolisches Kapital als Russlandexpertin bis heute aus ihrer Position als ehemalige ARD-Korrespondentin in Moskau bezieht und 2014 die Annexion der Krim als Notwehrakt Russlands gegenüber dem Westen rechtfertigte.⁰² Weder die damaligen Verhältnisse auf der Halbinsel, noch deren Vergangenheit vor und nach 1991 spielten in ihren Überlegungen eine Rolle, sondern ausschließlich geopolitische Erwägungen über die strategische Bedeutung der Krim im Verhältnis zwischen den USA und Moskau: Russland könne ja „nicht hinnehmen, dass neben der Schwarzmeerflotte auf einmal NATO-Kräfte auftauchen“.⁰³

Dass Krone-Schmalz mit ihren Aussagen zur „Krim-Krise“ auf so große Resonanz stieß, hing nicht allein mit dem Fortwirken des „Russlandkomplexes“ zusammen; dass die „großen Mächte“ sich untereinander über die Territorien anderer Länder verständigen, erscheint vielen immer noch dem natürlichen Lauf der Dinge zu entsprechen. Es zeugt darüber hinaus sowohl von der allgemeinen Unkenntnis von der Geschichte dieser Halbinsel wie von einem spezifischen Unwissen, was die mit den Deutschen verbundenen Aspekte

dieser Vergangenheit betrifft. Bezeichnenderweise erinnert man sich vor allem an zwei Ereignisse, die beide – wenngleich in unterschiedlichem Maße – mythologisiert wurden: den Besuch von Willy Brandt als Bundeskanzler bei Leonid Breschnew in dessen Sommerresidenz Oreanda im September 1971 und den Flugzeugabsturz von Joseph Beuys im Norden der Halbinsel im März 1944.

BRANDT UND BEUYS

Von Brandts zweitägigem Besuch sind ikonische Fotografien überliefert, die ihn unter anderem lässig mit Sonnenbrille neben Breschnew in einem Schnellboot sitzend bei einem Ausflug entlang der Küste zeigen. Ein Jahr nach Unterzeichnung der Moskauer Verträge lag dem sowjetischen Staats- und Parteichef viel daran, dem westdeutschen Gast eine möglichst angenehme Gesprächsatmosphäre zu vermitteln, um die Entspannungspolitik voranzutreiben. Schon direkt auf dem Flughafen in Simferopol, so Brandt einige Jahre später in seinen Memoiren, habe man die Delegation zu einem „kleinen Imbiss in einer Art von VIP-Gebäude“ geleitet. Dieser entpuppte sich als mehrstündiges Gelage mit „aufgelockerter Unterhaltung“ und reichlich Alkohol. „Es mag sein, dass auch die Trinkfestigkeit der Gäste erprobt werden sollte. Wenn ja, habe ich den Test gut bestanden.“ Kaum Beachtung in späteren Darstellungen fand hingegen Brandts kurze Bemerkung über einen regionalen Parteifunktionär, früher Arzt in der Roten Armee, der sich unter den Anwesenden befunden und bemerkenswert „vorurteilsfrei“ über das Kriegsgeschehen auf der Krim gesprochen habe, vor allem über die letzten Kämpfe mit der Wehrmacht 1944.⁰⁴

Dies hätte ein Ansatzpunkt sein können, in Rückblicken auf die einschneidenden Aspekte der historischen Verbindungen der Deutschen zur Krim einzugehen – die Besetzung der Halbinsel im Zweiten Weltkrieg und die damals verübten Massenverbrechen. Doch wurden sie durch die Aufregung

über Brandts Badehosen-Diplomatie überdeckt. (Der Kanzler hatte mit dem Kremlchef sogar gemeinsam im Meer gebadet; Erich Honecker wurde fünf Jahre später von Breschnew in Oreanda weit kühler empfangen und blieb nur wenige Stunden.)⁰⁵

Noch irritierender ist das Desinteresse am Kriegsgeschehen im Fall des Flugzeugabsturzes von Joseph Beuys – schließlich war dies das überwölbende Setting, in dem er sein künstlerisches Erweckerlebnis verortete. Während der Rückzugskämpfe im März 1944, so erzählte Beuys wiederholt, sei er mit seinem Flugzeug abgeschossen worden, nomadisierende Tataren hätten ihn aus dem eingeschnittenen Wrack befreit, in ihr Zelt getragen, mit Fett eingerieben und in Filz eingewickelt, um seine Auskühlung zu behandeln, und ihm dann Honig eingeflößt, um ihn zu Kräften kommen zu lassen. Das passte als mythologisierte Erzählung in das anthroposophische Kunstkonzept von Beuys, hatte mit der Realität aber wenig gemein.⁰⁶ Tatsächlich hatten er und sein Pilot aufgrund mangelnder Flugpraxis im Dunkeln die Landebahn verpasst und eine Bruchlandung hingelegt; der Pilot starb, Beuys kam mit einer Gehirnerschütterung in ein gewöhnliches Lazarett. Doch die Rezipienten seiner Erzählung interessierten sich mehr für die Naturverbundenheit der als „edle Wilde“ dargestellten Tataren als für die Realität des Krieges. „Nomaden“ wären, so es sie auf der Krim überhaupt noch gegeben hätte, von der Wehrmacht als „partisanenverdächtig“ festgesetzt und im für sie günstigsten Fall in ein Lager eingewiesen, im Regelfall aber erschossen worden.⁰⁷

Was als harmloser Privatmythos eines Künstlers erscheint, reiht sich in die zahllosen Erzäh-

lungen deutscher Kriegsteilnehmer ein, in denen das eigene Leid überhöht, das der Menschen in den überfallenen Ländern hingegen ausgeblendet wird. Dabei gab es im Fall der Krim einen Mythos, der schon zu Beuys' Lebzeiten eine kritische Aufarbeitung verdient hätte, da die NS-Besatzer aus ihm heraus monströse Pläne für die Halbinsel entwickelt hatten: die Gründung eines „Gontengaus“ als Vorposten deutschen Lebensraumes.

OSTIMPERIALE AMBITIONEN IM ERSTEN WELTKRIEG

Ideen für eine dauerhafte deutsche Vereinnahmung der Halbinsel gab es bereits in der Endphase des Ersten Weltkrieges, als die 52. Armee des deutschen Ostheeres im April 1918 die Krim besetzt hatte. Das widersprach den Bestimmungen des erst wenige Wochen zuvor zwischen Deutschland und Sowjetrußland geschlossenen Friedensvertrages von Brest-Litowsk – und war auch nicht mit der Reichsregierung in Berlin abgestimmt. Nachdem schon die neu entstandene Ukrainische Volksrepublik noch während der Friedensverhandlungen mit Moskau durch den Vormarsch deutscher Truppen de facto zu einem Protektorat des Reiches geworden war, wollte die Regierung den endgültigen *imperial overstretch* durch die Besetzung der Krim vermeiden.

Die Krim gehörte damals noch zu Rußland, und im Auswärtigen Amt hielt man es für ratsam, sich vorerst nicht auf den zukünftigen Status der Halbinsel festzulegen. Zu viel war seinerzeit noch im Fluss. Außenamtschef Richard von Kühlmann meinte im Mai 1918, bei dem „gänzlich unkonsolidierten Charakter der Ukraine und der Unübersichtlichkeit ihrer künftigen Entwicklung“ solle Deutschland „keinen Finger rühren“, um den Anschluss der Krim an den neuen Staat zu fördern. Andererseits liege es nicht im deutschen Interesse, wenn die Halbinsel „großrussisch“ bliebe und die Sowjetregierung den ukrainischen Staat von dort aus in die Zange nehmen könne. Schließlich lehnte er aber auch den Gedanken ab, die Krim dem Osmanischen Reich als Ausgleich für dessen Verluste im Zweistromland und Palästina zu überlassen – das könne dazu führen, dass die Türkei mit dem ukrainischen Verbündeten in Konflikt gerate und sich mit dem britischen Gegner verständige.⁰⁸

⁰⁸ Vgl. Winfried Baumgart, Ludendorff und das Auswärtige Amt zur Besetzung der Krim 1918, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 4/1966, S. 529–538, Zitate S. 530f.

⁰¹ Gerd Koenen, *Der Rußland-Komplex. Die Deutschen und der Osten 1900–1945*, München 2005.

⁰² Vgl. Franziska Davies, Desinformationsexpertin. Rußland, die Ukraine und Frau Krone-Schmalz, in: *Osteuropa* 9–10/2022, S. 245–265.

⁰³ Gabriele Krone-Schmalz, *Rußland verstehen. Der Kampf um die Ukraine und die Arroganz des Westens*, München 2015, S. 28.

⁰⁴ Willy Brandt, *Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975*, Hamburg 1976, S. 459–462.

⁰⁵ Vgl. Klaus Wiegrefe, Honecker und Breznev auf der Krim. Eine Aufzeichnung über das Treffen vom 19. August 1976, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 4/1995, S. 589–619.

⁰⁶ Vgl. Hans Peter Riegel, *Beuys. Die Biographie*, Bd. 1, Zürich 2018⁵, S. 64–71.

⁰⁷ Vgl. *Zum Kampf gegen tatsächliche und vermeintliche Partisanen im Zuge des Rückzugs* siehe Johannes Spohr, *Die Ukraine 1943/44. Loyalitäten und Gewalt im Kontext der Kriegswende*, Berlin 2021, insb. S. 270–328.



Leonid Breschnew und Willy Brandt, 17. September 1971

Quelle: picture alliance / dpa | DB Bundespresseamt

Angesichts der Unentschlossenheit der zivilen Reichsführung hatte Erich Ludendorff, stellvertretender Chef der Obersten Heeresleitung und de facto Militärmachthaber, leichtes Spiel, bestehende Vorstellungen eines deutschen Ostimperiums auf die Krim auszuweiten. Er nutzte aus, dass sich dort im Kleinen wiederholte, was in der gesamten Peripherie des zerfallenden russländischen Imperiums zu beobachten war: ein sich über mehrere Jahre hinziehender, meist gewaltsamer Prozess der Emanzipation vom Moskauer Zentrum und des Versuchs, nach Jahrzehnten der Russifizierung und Kolonisierung zu einer nationalen Selbstbestimmung zu gelangen. Auf der Krim hatten die Tataren – wie die Ukrainer in Kyjiw –, als Reaktion auf den bolschewistischen Putsch in Petrograd vom 6. November 1917 ihre Forderungen nach Autonomie *innerhalb* Russlands zu der nach Unabhängigkeit *von* Russland ausgeweitet. Die neu gebildete tatarische Regierung der Krimrepublik stützte sich auf zwei aus dem Krieg zurückgekehrte tatarische Kavallerieregimenter, mit denen sie im Januar 1918 gegen die bestehenden Exekutivkomitees der Arbeiter-, Bauern- und Matrosenräte vorging. Die Bolschewiki antworteten darauf mit einem Generalstreik und einem Gegenputsch,

in dessen Verlauf sie die tatarischen Regierungstruppen zerschlugen, führende tatarische Politiker ermordeten und wenige Wochen später die „Tatarische Sozialistische Sowjetrepublik“ ausriefen.⁰⁹

Ludendorff nahm diesen Konflikt zum Anlass, die Krim von deutschen Einheiten besetzen zu lassen. Als ihn der Reichskanzler Georg von Hertling wenige Wochen später fragte, welche Absichten die Heeresleitung dort eigentlich verfolgte, antwortete er, der Einmarsch sei auf Bitten der dortigen Tataren erfolgt; diese hätten um Schutz vor den Bolschewiki ersucht. Wie schon im Fall der Besetzung des Baltikums stellte Ludendorff das von ihm veranlasste militärische Vorgehen also als eine Art antibolschewistische Polizeiaktion dar, mit der er Tatsachen schuf, denen der Reichskanzler hilflos gegenüberstand. Dieses Ausmanövrieren der zivilen Institutionen entsprach einem Vorgehen, das er seit 1915 in „Ober Ost“ eingeübt

⁰⁹ Vgl. Kerstin S. Jobst, *Im Spiel mit großen Mächten? Nationale Konflikte nach dem Zerfall des Zarenreichs bis zum Beginn des Russischen Bürgerkriegs 1918/19 auf der Halbinsel Krim*, in: Philipp Ther et al. (Hrsg.), *Nationalitätenkonflikte im 20. Jahrhundert. Ursachen von inter-ethnischer Gewalt im Vergleich*, Wiesbaden 2001, S. 83–107.

hatte. Diesen Quasi-Militärstaat hatte Ludendorff als Stabschef des Oberkommandos Ost aus den deutsch besetzten Gebieten unter Militärverwaltung zwischen Kurland und dem nördlichen Belarus gebildet, wo er weitgehend unbehelligt von den zivilen Stellen in Berlin agierte.¹⁰

Der deutsche Befehlshaber in Krim und Taurien, Robert von Kosch, beauftragte die tatarische Kurultai (Volksversammlung) Anfang Mai 1918 mit der Bildung einer neuen Regierung. Der designierte Premierminister Dschafer Sejdamet war ihm jedoch zu sehr auf eine tatsächlich eigenständige Politik bedacht und wurde daher sogleich in Arrest gesetzt. Eine den Deutschen genehme multiethnische Regierung nahm erst rund zwei Monate nach dem deutschen Einmarsch im Juni 1918 ihre Geschäfte auf, geleitet von Maciej Sulkiewicz, einem Sohn litauischer Tataren und früheren Offizier der zarischen Armee. Neben Tataren gehörten der Regierung Russen, Ukrainer sowie ein Armenier und der Krimdeutsche Thomas Rapp als Minister für Landwirtschaft an.

Parallel dazu hatte Ludendorff sich bemüht, ein weiter ausgreifendes Projekt voranzutreiben: Aus der Krimrepublik und dem nördlich davon gelegenen ukrainischen Gouvernement Taurien sollte ein bis zum Dnipro reichender tatarisch-deutscher Kolonialstaat geformt werden. Anfang Mai 1918 trafen sich im Dorf Byten rund 400 Schwarzmeerdeutsche – nicht nur von der Krim, sondern auch aus Städten wie Odessa, Melitopol, Cherson und Berdjansk – sowie zwei tatarische Delegierte, um über dieses Vorhaben zu beraten. Bezeichnenderweise stellte Friedrich von Lindequist das Projekt vor, der von 1905 bis 1907 als Generalgouverneur in Deutsch-Südwestafrika und nach 1910 als Staatssekretär des Reichskolonialamts amtiert hatte. Ihm zur Seite stand Immanuel Winkler, ein in Bessarabien (heute Republik Moldau) geborener Pfarrer und seit 1917 Delegierter des Allrussländischen Verbandes der russischen Deutschen.¹¹ In einer Reihe von Eingaben nach Berlin hatte dieser die Idee entwickelt, all jene Russlanddeutschen, für deren Rücksiedlung ins Deutsche Reich auch nach der vorgesehenen Annexion Lothringens, des „polnischen Grenzstreifens“ und Litauens kein

Platz sei – ausgegangen wurde von 1,4 Millionen Menschen –, auf der Krim und im Gebiet zwischen Odessa, Cherson und Mariupol anzusiedeln. Die dort lebenden „groß- und kleinrussischen Bauern“ werde man leicht durch Umtausch ihres Landes gegen die verstreut liegenden deutschen Kolonistendörfer etwa in Bessarabien und im Dongebiet bewegen können: „Wir brauchen ihnen nur unsere schön gebauten Kolonien mit allen Gebäuden und Gärten als Lockmittel entgegenzuhalten.“¹²

Für Ludendorff klangen derlei Vorstellungen sinnvoll. Er hatte schon für den Militärstaat Ober Ost für die Zeit nach dem Krieg großangelegte Umsiedlungsaktionen angedacht, um den vermeintlichen ethnischen Flickenteppich in den zu annektierenden Gebieten zu ordnen und damit gegenüber Russland zu sichern. Kurzfristig galt es ihm angesichts des fortgesetzten Krieges an der Westfront, die „Vorräte und Ausfuhrhäfen der Krim“ für Deutschland „nutzbar zu machen“ sowie Soldaten aus den Reihen der Russlanddeutschen zu gewinnen. Mittelfristig sollte durch die Ansiedlung der im Osten verbleibenden Russlanddeutschen auf der Krim und in Taurien „ein Staategebilde entstehen, in dem der deutsche Einfluss vorherrscht und den deutschen wirtschaftlichen Interessen am Schwarzen Meer die erforderliche Sicherheit bietet“.¹³ Sein Nachfolger als Stabschef Ober Ost, General Max Hoffmann, hatte die Krim Anfang 1918 in Gesprächen mit dem Auswärtigen Amt bereits als „deutsche Riviera“ bezeichnet, Ludendorff selbst sprach von Sewastopol als einem „deutschen Gibraltar“ und sah die Halbinsel als Ausgangspunkt für die Ausübung deutscher Hegemonie bis in den Kaukasus hinein.

Um diese Konzeption zu realisieren, drängte er im Sommer 1918 auf die rasche Anerkennung der Krimrepublik und der Regierung Sulkiewicz. Doch Berlin lehnte dies mit Blick auf die gerade wieder aufgenommenen Verhandlungen mit der sowjetischen Führung ab. Gegenüber Moskau hatte man sich verpflichtet, nicht-ukrainische Gebiete nach einem erneuten Friedensschluss zu räumen, und auch die ukrainische Regierung, die nun selbst Ansprüche auf die Krim anmeldete, wollte man nicht

10 Vgl. Vejas Gabriel Liulevicius, *War Land on the Eastern Front. Culture, National Identity and German Occupation in World War I*, Cambridge MA 2000.

11 Zur Versammlung in Byten und den Verbindungen zwischen Ludendorff, Lindequist und Winkler siehe Vjatscheslaw Zarubin, *Projekt „Ukraina“*. Krym v gody smuty (1917–1921 gg.), Charkiv 2013, S. 80f.

12 Winklers Eingabe an Kaiser Wilhelm II. ist publiziert in: Bayerisches Kulturzentrum der Deutschen aus Russland, *Das Krim-Taurien-Projekt aus dem Jahr 1918* und Pastor Immanuel Winkler, 29.11.2023, <https://bkdr.de/das-krim-taurien-projekt-aus-dem-jahr-1918-und-pastor-immanuel-winkler>.

13 Die entsprechende Denkschrift von Ludendorff vom 5.6.1918 ist abgedruckt in: Baumgart (Anm. 8), S. 536ff.

verprellen. Ohne Absprache mit dem Auswärtigen Amt schickte Ludendorff daraufhin Finanzminister Tatischschew im August 1918 nach Berlin, doch dort wollte ihn niemand offiziell empfangen. Der deutsche Außenminister empfahl ihm inoffiziell, die Krimregierung solle den Gedanken der Unabhängigkeit aufgeben und sich Kyjiw annähern.¹⁴

BESATZUNG UND MASSENMORD IM ZWEITEN WELTKRIEG

Die von der zivilen Reichsleitung von Beginn an als illusorisch angesehenen Planungen Ludendorffs erledigten sich mit dem Abzug der deutschen Truppen von der Krim und aus der Ukraine im November 1918. Eine Reihe von Elementen daraus griffen jedoch später die Nationalsozialisten in ihren Planungen für die Verwaltung der besetzten – oder noch zu besetzenden – sowjetischen Gebiete wieder auf. Mit Blick auf die Halbinsel im Schwarzen Meer äußerte Hitler im kleinen Kreis am 16. Juli 1941, diese müsse „von allen Fremden geräumt und deutsch besiedelt werden“. Als referiere er Ludendorffs Krim-Taurien-Fantasie, erklärte der Diktator, die Krim solle „mit einem erheblichen Hinterland (Gebiet nördlich der Krim) Reichsgebiet werden; das Hinterland müsse möglichst groß sein“.¹⁵

Während Ludendorffs Planungen in der Endphase des Ersten Weltkrieges noch weitgehend utilitaristisch angelegt waren – die Krim war in seinen Augen vorrangig aus strategischen und wirtschaftlichen Gründen von Interesse –, spielten für die Nationalsozialisten spezifisch völkische Motive eine Rolle. In der Geschichte jener Gruppe der Goten, die sich in der Spätantike auf der Halbinsel angesiedelt hatte (deren Spuren sich dort aber im Frühmittelalter verloren), sahen sie einen historischen Legitimationsansatz für ihre Siedlungsfantasien. Schon vor dem Überfall auf die Sowjetunion entwickelte sich eine Goten-Manie,¹⁶ nach

der Besetzung der Krim suchte man archäologische Belege für die These einer über die Jahrhunderte andauernden „germanischen“ Siedlungskontinuität.¹⁷ Sowohl der Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg wie das SS-Ahnenerbe bildeten für diese Forschung eigene Sonderkommandos.

Derweil entwickelte der designierte Generalkommissar Krim-Taurien, Alfred Frauenfeld, ausgreifende Umsiedlungspläne für seinen vorgesehenen Herrschaftsbereich. Der Schriftsteller und „alte Kämpfer“ hatte nach 1930 als NSDAP-Gauleiter in Wien amtiert, war seit 1936 im Auswärtigen Amt tätig und wurde vermutlich von Hitler selbst für diesen Posten ausgewählt. Für den „Aufbaustab Krim“ hatte Frauenfeld ein zunächst „nur für den Dienstgebrauch“ bestimmtes Handbuch verfasst, in dem er statistische Daten, pseudohistorische Deutungsmuster und die zukünftige Gliederung des Generalbezirks zusammenfasste.¹⁸ Ab Herbst 1941 konkretisierte er seine Gedanken für die deutsche Besiedlung der Krim. Hierfür fasste er zunächst, wie zuvor Ludendorff und Winkler, die Russlanddeutschen ins Auge und ergänzte diese Gruppe im Juni 1942 dann um jene 210 000 Südtiroler, die 1939 für Deutschland optiert hatten: Klimatisch und landwirtschaftlich sei das Vorland des Gebirges im Süden der Krim den Hochtälern der Etsch erstaunlich ähnlich.¹⁹

Das Scheitern des „Blitzkrieges“ und die sich spätestens Anfang 1943 abzeichnende Niederlage der Deutschen verhinderten jedoch, dass die Umsiedlungspläne realisiert wurden. Die Krim blieb die ganze Zeit der Besetzung über unter Militärverwaltung; Frauenfeld konnte als Generalkommissar seine Herrschaft nur über das nördlich des Asowschen Meeres gelegene Taurien ausüben. Als die Wehrmacht 1942 ihre Sommeroffensive in Richtung Stalingrad begann, dauerten die Kämpfe auf der Halbinsel noch an. Zur Jahreswende 1941/42 hatte die Rote Armee im Osten der Krim Kertsch zurückerobert, in Sewastopol wehrten die sowjetischen Soldaten die deutschen Belage-

¹⁴ Vgl. ebd., S. 535.

¹⁵ Aktenvermerk Bormann über die Besprechung Hitlers mit Rosenberg, Lammers, Keitel, Göring und Bormann vom 16.7.1941, Abdruck in: Bert Hoppe (Bearb.), *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945*, Bd. 7: Sowjetunion mit annektierten Gebieten I. Besetzte sowjetische Gebiete unter deutscher Militärverwaltung, Baltikum und Transnistrien, München 2011, Dok. 28, S. 183–187, hier S. 184f.

¹⁶ Vgl. Dietrich Gerhardt, *Das Gotische in der Krim*, in: *Südostforschungen* 5/1940, S. 200–204.

¹⁷ Vgl. Volker Toepfer, *Die Gotenfestung Eski-Kermen auf der Krim*, in: *Germania* 4/1942, S. 195–200.

¹⁸ Vgl. Alfred Eduard Frauenfeld, *Die Krim. Ein Handbuch*, Potsdam o.J. (1942).

¹⁹ Vgl. Karl Heinz Roth/Jan-Peter Abraham, *Reemtsma auf der Krim. Tabakproduktion und Zwangsarbeit unter der deutschen Besatzungsherrschaft 1941–1944*, Hamburg 2011, S. 110–117; Norbert Kunz, *Die Krim unter deutscher Herrschaft 1941–1944. Germanisierungsutopie und Besatzungsrealität*, Darmstadt 2005, S. 46–73.



Gliederung des geplanten „Generalbezirk Krim“ („Gotengau“) unter nationalsozialistischer Herrschaft

Quelle: Alfred Eduard Frauenfeld, Die Krim. Ein Handbuch, Potsdam o. J. (1942)

rer unter Kommandeur Erich von Manstein bis Anfang Juli 1942 ab, ehe sie nach hohen Verlusten auf beiden Seiten kapitulierten.

Mansteins 1955 erstmals erschienene und mehrfach neu aufgelegte Memoiren „Verlorene Siege“ sind ein idealtypisches Beispiel für die Verzerrung des Bildes vom deutschen Vernichtungskrieg. Der verurteilte Kriegsverbrecher präsentierte sich darin als militärischer Fachmann, dem die ideologisch verbohrt NS-Führung immer wieder in die Parade gefahren sei und damit Erfolge auf dem Schlachtfeld vereitelt habe. Vor allem aber stilisierte er sich als Vertreter einer vermeintlich sauberen Wehrmacht, die mit den deutschen Massenverbrechen in den besetzten sowjetischen Gebieten nichts zu tun gehabt habe.²⁰

Tatsächlich hatte Manstein dem Judenmord das Wort geredet. So erklärte er Ende November 1941 seinen Untergebenen, sie müssten für

„die Notwendigkeit der harten Sühne am Judentum, dem geistigen Träger des bolschewistischen Terrors, (...) Verständnis aufbringen“. Diese sei auch notwendig, „um alle Erhebungen, die meist von Juden angezettelt werden, im Keime zu erstickern“.²¹ Eine Reihe von Massenmorden hatten Offiziere seines Befehlsbereichs bei den Mordkommandos der Einsatzgruppe D regelrecht bestellt.²² Deren Angehörige waren wie in den übrigen besetzten sowjetischen Gebieten für die Verfolgung und die – im Fall der Juden, Roma und Psychiatriepatienten ausnahmslose – Ermordung „weltanschaulicher Gegner“ zuständig.²³

21 Armeebefehl (geheim) des Chefs des AOK 11, gez. Manstein, vom 20. 11. 1941, Abdruck in: Hoppe (Anm. 15), Dok. 118, S. 375ff., hier S. 376.

22 Siehe dazu z. B. den Tätigkeitsbericht des Abwehroffiziers beim Kommandanten des rückwärtigen Armeegebiets 553, gez. Teichmann, vom 1. 1. 1942, Abdruck in: Hoppe (Anm. 15), Dok. 139, S. 413f.

23 Vgl. Andrej Angrick, Besatzungspolitik und Massenmord. Die Einsatzgruppe D in der südlichen Sowjetunion 1941–1943, Hamburg 2003; Aleksandr I. Kruglov, Unitschtschenije ewrejskogo naselenija w Krymu w 1941–1942 gg [Die Vernichtung der

20 Vgl. Erich von Manstein, Verlorene Siege, Bonn 1955. Diese apologetische Darstellung analysiert Oliver von Wrochem, Erich von Manstein. Vernichtungskrieg und Geschichtspolitik, Paderborn u. a. 2006.

Während die Ermordung der rund 60000 aschenasischen Juden auf der Krim bis Ende 1941 weitgehend abgeschlossen war, stellte der Einsatzgruppenchef Otto Ohlendorf die Exekution der Karäer und Krimtschaken vorerst zurück, um klären zu lassen, ob es sich bei diesen, „rassisch“ betrachtet, vielleicht doch um Tataren handelte. Nach Rücksprache mit dem Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete wurde dies für die Karäer bejaht, die man daher im Unterschied zu den Krimtschaken verschonte.²⁴

Nur selten ist in zeitgenössischen deutschen Quellen Kritik am Judenmord zu finden. So schilderte der Verbindungsoffizier des Auswärtigen Amtes beim Oberkommando der 11. Armee, Werner Otto von Hentig, das Entsetzen, welches das Massaker an mehr als 12000 Juden in Simferopol im Dezember 1941 in der Bevölkerung ausgelöst habe, „weil natürlich keiner für möglich gehalten hat, dass wir Frauen und Kinder töten“.²⁵

ROLLE DER KRIMTATAREN

Wie ein Teil der Ukrainer hoffte, als Folge des deutsch-sowjetischen Krieges könne der ukrainische Staat wiederentstehen, gab es auch unter den Krimtataren eine Reihe von Personen, die glaubten, der Vormarsch der Wehrmacht könne in eine staatliche Unabhängigkeit der Krim münden. Doch weder zeigte die Türkei großes Interesse, sich für die Sache der Krimtataren einzusetzen, noch waren die Deutschen bereit, wenigstens eine lokale krimtatarische Selbstorganisation zuzulassen. Edige Kirimal, ein Gefolgsmann des krimtatarischen KP-Chefs Weli Ibrahimow, der nach dessen Hinrichtung durch die Bolschewiki 1928 ins Ausland geflohen war, antichambrierte im Som-

mer 1941 in dieser Frage vergeblich in Berlin – was ihn aber nicht davon abhielt, später in die Waffen-SS einzutreten.²⁶

Auch ein Teil der auf der Krim verbliebenen Tataren und Krimdeutschen hatte der Ankunft der Wehrmacht zunächst mit Hoffnung entgegengesehen. Mit der Hinrichtung Ibrahimows hatte auf der Krim die Abkehr von der sogenannten Einwurzelungspolitik begonnen. Die nationalkommunistische Förderung der Ethnien an der Peripherie des sowjetischen Imperiums kehrte sich unter Stalin zu einer immer radikaleren Verfolgung um, unter der neben Polen, Deutschen, Ukrainern und Juden auch die Tataren litten. Neben vermeintlichen „Kulaken“ fielen dem Großen Terror zahlreiche tatarische Intellektuelle zum Opfer. Die meisten der rund 52000 Krimdeutschen wiederum waren wenige Wochen nach dem deutschen Überfall zusammen mit den übrigen Russlanddeutschen in den Osten der Sowjetunion deportiert worden, da Stalin sie pauschal der Kollaboration mit den Angreifern verdächtigte. Wie ein Großteil der schätzungsweise 1000 verbliebenen Krimdeutschen sahen viele Krimtataren infolge des erlittenen Terrors in den Soldaten der Wehrmacht ihre Befreier vom sowjetischen Joch und waren anfangs zur Zusammenarbeit mit den Besatzern bereit.²⁷

Zwar war diese selbst im Fall des Dienstes in der Hilfspolizei nicht durchweg als „Kollaboration mit dem Feind“ im engeren Sinne zu verstehen. Offiziere der sowjetischen Geheimpolizei stellten oftmals fest, die Beschuldigten hatten sich nichts zuschulden kommen lassen und waren den Einheiten beigetreten, weil es keine andere bezahlte Arbeitsmöglichkeit gab oder weil sie dem Abtransport zur Zwangsarbeit nach Deutschland entgehen wollten. Doch begründete die Sowjetmacht genau mit diesem Argument die fast vollständige Deportation der rund 200000 Krimtataren nach Zentralasien und Sibirien im Mai 1944. Erst nach dem Zerfall der Sowjetunion durften sie beziehungsweise ihre Nachkommen auf die Halbinsel zurückkehren. Als indirekte Opfer des deutschen Überfalls hatten die Krimtataren so lange unter den Folgen des deutschen Eroberungs- und Vernichtungskrieges zu leiden, wie keine andere Gruppe in Osteuropa.

BERT HOPPE

ist promovierter Historiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Holocaust-Studien am Institut für Zeitgeschichte in Berlin.

jüdischen Bevölkerung auf der Krim 1941–1942], in: *Westnik Ewrejskogo Uniwersiteta w Moskwe* 2/1997, S. 216–233; Michail I. Tjaglyj, *Cholokost w Krymu. Dokumentalnyje swidotelstwa o genozide ewrejew Kryma w period naziszkoj okkupaciji Ukrainy* [Der Holocaust auf der Krim. Dokumente zum Völkermord an den Juden auf der Krim während der deutschen Besatzung], (1941–1944), Simferopol 2002.

²⁴ Vgl. Kiril Feferman, *Nazi Germany and the Karaites in 1938–1944. Between Racial Theory and Realpolitik*, in: *Nationalities Papers* 2/2011, S. 277–295.

²⁵ Schreiben von Hentig an Leiter der Informationsabteilung des AA vom 8.2.1942, Abdruck in: Hoppe (Anm. 15), Dok. 156, S. 452ff., hier S. 453.

²⁶ Vgl. Kerstin S. Jobst, *Geschichte der Krim. Iphigenie und Putin auf Tauris*, Berlin u.a. 2020, S. 273f.

²⁷ Vgl. Kunz (Anm. 19), S. 205–224.

ÜBER DIE „UNVERGLEICHBARE KRIM“

Kurze Geschichte einer besonderen Halbinsel

Kerstin S. Jobst

Als Truppen der Russländischen Föderation⁰¹ ab Ende Februar 2014 auf die im nördlichen Schwarzen Meer gelegene ukrainische Halbinsel Krim vorstießen, verletzten sie internationales Recht, hat sich die Völkergemeinschaft doch unter anderem in Art. 2 Abs. 4 der UN-Charta grundsätzlich auf die friedliche Lösung von Konflikten verständigt. Den Mitgliedstaaten der UN verbietet dieser Passus bereits die Androhung von Gewalt, etwa zur Durchsetzung territorialer Ansprüche. Er garantiert die territoriale Unversehrtheit eines Staates und dessen politische Unabhängigkeit; so zumindest in der oft grauen Theorie. In der Realität belegen die ständigen Verstöße dagegen, wie wenig sich viele Regimes um die Einhaltung dieser Norm scheren, wenn sie machtpolitische, territoriale oder wirtschaftliche Ziele verfolgen. Moskaus Angriff auf die Krim 2014 und weitere Gebiete im Osten der seit 1991 unabhängigen Ukraine markiert den Beginn der mittlerweile sprichwörtlich gewordenen „Zeitenwende“: Seit dem 24. Februar 2022 überzieht die Russländische Föderation die gesamte Ukraine mit einem Krieg, der genozidales Ausmaß angenommen hat.

Die „unvergleichbare Krim“, so bezeichnete sie aufgrund ihrer landschaftlichen und bevölkerungsstrukturellen Vielfalt unter anderem der sowjetische Futurist Wladimir W. Majakowski (1893–1930), nimmt vor allen Dingen in der russischen, aber auch in der ukrainischen Literatur als schöner, exotischer und unveräußerlicher Ort eine wichtige Position ein.⁰² Nicht das erste Mal in ihrer Geschichte ist die Halbinsel wieder Teil eines Schlachtfelds geworden – wie zuvor bereits im Krimkrieg Mitte des 19. Jahrhunderts und in den beiden Weltkriegen im 20. Jahrhundert –, auf dem ukrainische wie russische Soldat:innen und Zivilist:innen zu Tausenden ihr Leben lassen. Hinzu kommen Söldner wie die der berühmt-berüchtigten Gruppe Wagner auf russischer Seite oder ausländische Freiwillige, die, teils

aus Solidarität mit dem überfallenen Land, teils aus finanziellen Gründen, auf ukrainischer Seite kämpfen.⁰³

Auf der annektierten Krim sind seit Februar 2022 die Auswirkungen des von Moskau geführten Krieges nochmals deutlich spürbarer geworden, zumal beide Seiten vermehrt auf den Einsatz von Drohnen setzen.⁰⁴ In dem Konflikt geht es nicht nur um reale Machtansprüche, sondern auch um die Vorstellung von der Krim als zarischer und (post-)sowjetischer „Schatz“ oder gar „Perle des Imperiums“, das in das russische kollektive Bewusstsein eingeschrieben ist.⁰⁵ Auch aktuell speist sich daraus die Überzeugung vieler Russinnen und Russen, dass die Krim „unser“ (*Krym nasch*) sei. Kyjiw seinerseits darf schon aus Gründen der Staatsraison und zur Untermauerung seiner legitimen Ansprüche auf die Unverletzlichkeit seiner Grenzen nicht auf die Halbinsel verzichten, vorerst zumindest.

Mit Beginn der menschlichen Besiedlung wurde die Krim ein Wirtschafts-, Kultur- und Mythen-Raum, der seit der Antike von den jeweiligen dominierenden politischen und ökonomischen Akteuren beeinflusst wurde. Zahllose Bevölkerungsgruppen, deren Selbstbezeichnungen in vielen Fällen nicht mehr feststellbar sind, kennen wir nur durch die Namen, die griechische oder römische Autoren ihnen gegeben haben. Die Gebiete der Halbinsel und der im Norden angrenzenden Region wurden durchzogen, erobert, besiedelt und wieder verlassen. Und nicht alle haben historiografisch fassbare schriftliche Quellen hinterlassen, sehr wohl aber archäologische oder andere. Soviel steht fest: Die Krim war und ist kulturell divers, zu allen Zeiten multikonfessionell und heterogen. Ihre Geschichte verweigert sich allen exklusiven nationalen oder religiösen Versuchen der Einvernahme, wie sie zuletzt vor allem vonseiten Russlands und ihrem Präsidenten Wladimir Putin formuliert und gewaltsam durchgesetzt wurde.⁰⁶

FRÜHE HERRSCHAFTEN UND MITTELALTERLICHE KOLONIEN

Über die Zeitläufte hinweg war die Krim durch ihre geografische Lage an den Rändern verschiedener Großreiche und Imperien geprägt.⁰⁷ Dies trug dazu bei, dass die Region als ein Gebiet mit mythischem Potenzial wahrgenommen wurde. Den Zugriffsversuchen der Zentren entzog sie sich jedoch immer wieder. Nicht final feststellbar ist die Herkunft ihres Namens, ob dieser etwa auf das mongolisch-tatarische Wort *kerim* (Festung) zurückgeht, auf das krimtatarische Wort *qrim* (Felsen) oder auf die in der Antike als *Kimmerier* bezeichneten Bewohner:innen.

Eine der ersten überlieferten Erzählungen über die Tauris, also die Krim, und ihre in griechischen Quellen als Skythen bezeichneten Bewohner, stammt von Herodot, der im 5. vorchristlichen Jahrhundert wirkte und häufig als „Vater der Geschichtswissenschaft“ bezeichnet wurde. Seit dem 7./6. Jahrhundert v. Chr. entstanden an den Küsten des nördlichen Schwarzen Meeres pontosgriechische Kolonien. Diese pflegten sowohl friedliche ökonomische als auch kriegerische Kontakte mit den (halb-)nomadischen Großgruppen des nördlichen eurasischen Raumes, die auch auf die Krim gelangten. Die Halbinsel war eine wichti-

ge Kontaktzone zwischen der griechisch-römisch geprägten Welt und den sogenannten Barbaren. Diese abendländische, zumeist abwertende Sicht auf das Andere ist dem Reden und Schreiben über die Krim bis heute immanent. Im 3./2. Jahrhundert v. Chr. gelangten weitere (halb-)nomadische Stämme auf die Halbinsel, welche die Siedlungskolonien herausforderten. Städte wie Chersones (griechisch: Chersonesos, heute Vorort von Sewastopol) und Theodosia (heute Feodosija) waren Teil des Bosporanischen Reiches geworden, dessen Zentrum Pantikapaion (heute Kertsch) im Osten der Halbinsel wurde. Bald unterstellte es sich dem Königreich Pontos. Dessen sagenumwobener Herrscher Mithridates VI. (ca. 134–63 v. Chr.) versuchte, seinen Einfluss auf Kleinasien auszuweiten, was zu Konflikten mit Rom führte. 63 v. Chr. siegte Rom schließlich, und Pontos wurde dessen abhängiger Klientelstaat. Küstenstädte wie Chersones wurden oligarchische Republiken. Sie bildeten die Basis römischer Herrschaft über die Krim und weitere Gebiete.

Häufig als Goten titulierte germanische Stämme berührten um 255 n. Chr. erstmalig die Region. Mehrheitlich wanderten sie weiter nach Westen. Die Verbliebenen, als Krimgoten bezeichneten, verbanden sich politisch und kulturell mit Ostrom und christianisierten sich. In der Bergregion der Halbinsel formierte sich das Fürstentum Theodoro, welches bis zur vollständigen Eroberung der Halbinsel durch die Krimtataren um 1475 bestand.

Ende des 7. Jahrhunderts wurden turkstämmige Chasaren für fast drei Jahrhunderte – neben dem unter anderem noch über Chersones herrschenden Ostrom – zu einer Ordnungsmacht auf der Krim. Sie kooperierten mit Konstantinopel, wenn Bündnisse gegen eindringende nomadisierende Gruppen wie die Petschenegen, Alanen oder auch das Sassanidenreich notwendig waren. Die im 10. Jahrhundert auf der Krim auftauchende Kyjiwer Rus wurde für die Chasaren eine Herausforderung: In den 960er Jahren beispielsweise versetzte der Großfürst Swjatoslaw I. (ca. 942–972) den Chasaren einen entscheidenden Schlag, eine dauerhafte slawische Dominanz in der Region entwickelte sich aber nicht. Intensive Handelskontakte zwischen der Rus und Byzanz entstanden dennoch, doch immer wieder kam es zu Raubzügen der Rus gegen Konstantinopel.

Um das Jahr 988 führte der Kyjiwer Großfürst Wladimir einen Feldzug gegen Chersones und nahm etwa zeitgleich das Christentum by-

01 Das heutige Russland ist – genauso wie das Zarenreich und die UdSSR – ein Vielvölkerstaat. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, wird der Staat in der offiziellen russischsprachigen Diktion als „Russländische Föderation“ (*Rossijskaja Federazija*) bezeichnet. Anders als das Adjektiv „russisch“ (*russkij*) bezieht sich „russländisch“ (*rossijskij*) dabei nicht auf eine ethnische oder kulturelle Zugehörigkeit, sondern allein auf die Untertanen- beziehungsweise Staatsbürgerschaft.

02 Vgl. Kerstin S. Jobst, *Geschichte der Krim. Iphigenie und Putin auf Tauris*, Berlin–Boston 2020, S. 21–32.

03 Vgl. Stefan Goertz, *Die russische „Gruppe Wagner“*. Hybridakteur des Systems Putin, in: *Österreichische Militärische Zeitschrift* 6/2022, S. 733–738; Christoph B. Schiltz, 2800 Euro für die erste Reihe an der Front – wie auch Kiew um Söldner wirbt, 3. 11. 2023, www.welt.de/plus248323466.

04 Vgl. Massive ukrainische Drohnen-Attacken auf Krim, 6. 12. 2023, www.focus.de/_id_259403057.html.

05 Vgl. dazu ausführlich Kerstin S. Jobst, *Die Perle des Imperiums. Der russische Krim-Diskurs im Zarenreich*, Konstanz 2007.

06 Putin betont regelmäßig, dass die Übergabe der Krim an die Ukraine durch den damaligen sowjetischen Kremlchef Nikita Chruschtschow 1954 ein historischer Fehler gewesen sei, den es zu korrigieren gelte. Vgl. z. B. Putin zu Krim: Reparatur eines Fehlers, 8. 4. 2017, <https://oe1.orf.at/artikel/369527>.

07 Ich folge hier im Wesentlichen meiner Darstellung für den Eintrag „Krim“ im Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2019, <https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/regionen/krim>.



Karte des Krim-Khanats (gelb umrandet) von Gerhard Mercator, 16. Jahrhundert

Quelle: Götzfried Antique Maps, www.vintage-maps.com

zantinischer Prägung an. Folgt man altostslawischen Chroniken, fand Wladimirs Taufe in Chersones statt. Aus russischer Perspektive wird auch gegenwärtig daraus der nicht sehr valide „Beweis“ abgeleitet, dass die Krim schon im Mittelalter russisch gewesen sei. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang das slawische Fürstentum Tmutarakan auf der Halbinsel Taman, das aus der griechischen Gründung Hermonassa hervorgegangen war und Ende des 10., Anfang des 11. Jahrhunderts unter die Herrschaft der Rjurikiden-Dynastie gelangte. 1094 wurde es letztmalig in russischen Chroniken erwähnt und als weiterer Beleg einer schon früh slawisch geprägten nördlichen Schwarzmeerregion angeführt.

Ab dem 13. Jahrhundert gründeten die Seerepubliken Venedig und Genua an der Küste des Schwarzen Meeres Handelskolonien wie Kaffa, das ehemalige Theodosia. Kaffa nahm im Handel eine wichtige Rolle ein, unter anderem auch im Sklavenhandel.

Ethnisch, kulturell und religiös war es außerordentlich vielfältig: Italiener, Griechen, Slawen, Armenier und muslimische Gruppen bewohnten die Region.

Im 14. Jahrhundert schließlich erodierte der einstmals mächtige eurasische Konglomeratstaat der sogenannten Goldenen Horde. Aus dieser gingen verschiedene Khanate hervor, von denen das Krim-Khanat das wichtigste wurde. Im nordöstlichen Gebiet der Halbinsel zwischen Bergland und Steppe lag die Stadt Staryj Krym („Alt-Krim“ beziehungsweise krimtatarisch: Eski Kırım, „Alte Festung“), die zum wirtschaftlichen und religiösen Zentrum der Krimtataren wurde. Davon zeugen bis heute die Überreste der steinernen Moschee. Später wurde das weiter westlich in den Bergen liegende Bachtschissarai (krimtatarisch: Bağçasaray) Hauptstadt und kulturell-religiöses Zentrum. Die sunnitischen Akteure machten mehrere Küstenstädte tributpflichtig, andere kamen Ende des 15. Jahrhunderts als *eyalet* (Provinzen) unter osmanische Ver-

waltung. Damit war das Schicksal der italienischen Kolonien besiegelt: Die Bevölkerung akzeptierte die Herrschaft der muslimischen Tataren; zugleich wurde der multiethnische und -religiöse Charakter der Krim bewahrt, da die Khane die religiösen Praktiken ihrer neuen Untertanen tolerierten, ihnen im Gegenzug aber spezielle Steuern auferlegten.

KRIM-KHANAT UND RUSSISCHE ANNEXION

Das bis zur russischen Annexion 1783 bestehende Krim-Khanat wurde eine relevante Ordnungsmacht am nördlichen Schwarzmeerufer. Ziel der Khane und der einflussreichen Clans war es, die Länder der ehemaligen Goldenen Horde unter ihre Herrschaft zu bringen und dort keine andere Macht zu stark werden zu lassen. Sie schlossen Allianzen wechselweise mit Polen (ab 1569 Polen-Litauen) und mit dem Moskauer Staat. Mit dem Osmanischen Reich zogen sie nach Norden, forderten Tribute und machten Sklaven. 1571 verheerten krimtatarische Truppen Moskau. Ab 1478 unterstand das Khanat der Hohen Pforte, also der Regierung des Osmanischen Reiches, allerdings in einem privilegierten Souveränitätsverhältnis, und die Halbinsel wurde ein bedeutendes Zentrum islamischer Kultur. Das regelmäßige Vordringen der Krim-Truppen nach Norden verhinderte die dauerhafte agrarische Nutzung der fruchtbaren Steppengebiete durch Polen und Russland, woran die von Moskau und der polnischen Krone zur Grenzsicherung eingesetzten Kosakenverbände nichts ändern konnten.

Im 16. und 17. Jahrhundert wurden die Kosaken sogar ein weiterer regionaler Unruhefaktor, griffen sie doch auf dem Wasser- und Landweg das Khanat und die Hohe Pforte wiederholt an. Die muslimischen Akteure waren also nicht das einzige „räuberische“ Element in der Region. Obgleich der Sklavenhandel bereits in der Antike ein wesentliches Element der Schwarzmeer-Ökonomie gewesen war, resultierte das negative Bild des Khanats (und des Osmanischen Reiches) in der christlichen Welt auch daraus. Der Sklavenhandel verhinderte mittelfristig notwendige Innovationen wie im Bereich frühindustrieller Produktion. So machten sich Modernisierungsdefizite des Khanats auch auf militärischem Gebiet im Vergleich mit dem Zarenreich zunehmend bemerkbar, und nicht zuletzt deshalb stand die Einnahme des nördlichen Schwarzmeerufers in Russland schon bald auf der politischen Agenda.

Nach anfänglich nur zeitweisen Erfolgen Ende des 17. Jahrhunderts markierte der Frieden von Küçük Kaynarca 1774 zwischen dem Russischen und dem Osmanischen Reich schließlich die Trendwende: Sankt Petersburg drang dauerhaft ans Schwarze Meer vor, und die Hohe Pforte musste Gebietsverluste am Buh und Dnipro hinnehmen. Das Krim-Khanat wurde formal vom Sultan unabhängig, Khan Şahin Giray (1745–1787) herrschte von Russlands Gnaden. Gegen ihn und den Einfluss Russlands regte sich Widerstand auf der Halbinsel, und das Zarenreich griff wiederholt militärisch zu seinen Gunsten ein. Zarin Katharina II. (1729–1796) beendete nun ihr Experiment der Ausübung indirekter kolonialer Herrschaft und annektierte 1783 die Krim. Das Khanat wurde aufgelöst und in die Strukturen des Zarenreichs eingepasst. Die Politik der aufgeklärt absoluten Herrscherin Katharina II. war tolerant gegenüber den Angehörigen der ehemaligen Titularnation und pragmatisch – den eigenen Maximen entsprechend.⁰⁸ Durch die Besiedlungspolitik Katharinas und ihres Nachfolgers, Alexanders I. (1777–1825), kamen unter anderem deutsche, schweizerische und italienische Migranten auf die Krim. Später, besonders unter Zar Alexander III. (1845–1894), wurden orthodoxe Neusiedler bevorzugt.

RUSSISCHE HERRSCHAFT

Die Geschichte der russischen Krim ist ohne die Erwähnung der 1783 gegründeten Hafen- und Garnisonsstadt Sewastopol (griechisch: „die Erhabene“) nicht verständlich. Die ambitionierten außenpolitischen Pläne zum Schaden Istanbuls hatten Katharina II. zum Aufbau einer militärischen Infrastruktur auf der Krim veranlasst, und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde Sewastopol Hauptstützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte. Dass Russland die nördliche Schwarzmeerküste dauerhaft den Osmanen und Tataren entrissen hatte, war ein Erfolg, den es auch militärisch zu sichern galt.

Dennoch fiel die Bilanz der russischen Herrschaft über die Krim gemischt aus: Die großen wirtschaftlichen Erwartungen erfüllten sich nur teilweise, wurde doch das westlich gelegene Odesa zum eigentlichen ökonomischen Motor der Region, nicht Sewastopol. Auch zeigte sich, dass die

⁰⁸ Vgl. Jan Kusber, Katharina die Große. Legitimation durch Reform und Expansion, Stuttgart–Wien 2021.

Stadt, die Festung und ihr Hafen (wie die Krim überhaupt) von gegnerischen Armeen eingenommen werden konnten, wie sich im Krimkrieg und in beiden Weltkriegen zeigte.⁹ Diese Niederlagen schmälerten allerdings nicht die militärisch-heroische Aufladung Sewastopols und der Halbinsel im russischen kollektiven Bewusstsein. Denn die Bedeutung der Krim gründet nicht unwesentlich auf dem Nimbus, den die Stadt und ihre Bevölkerung durch die heldenhafte, letztlich erfolglose Verteidigung erlangten: Im Krimkrieg leistete die Feste über 349 Tage Widerstand, ehe den alliierten Truppen – Frankreich und Großbritannien an der Seite des Osmanischen Reiches, ab 1855 zudem Sardinien-Piemont – die Besetzung gelang.

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts war die Krim ohne Zweifel „russischer“ geworden: Viele krimtatarische Bewohner:innen verließen aus religiösen und wirtschaftlichen Gründen die unter die Herrschaft der sogenannten Ungläubigen gefallene Heimat in Richtung Osmanisches Reich. Nach dem Krimkrieg misstraute ihnen auch die zarische Staatsmacht und trieb die Emigration weiter voran. Zudem förderte Sankt Petersburg die Anwerbung christlicher Kolonisten, die als nützlich und innovativ galten, wie Deutsche, Schweizer oder Schweden, oder weil sie das orthodoxe Element auf der Halbinsel stärkten, wie Russen, Ukrainer, Bulgaren und Griechen.

Die in russischen Debatten fast nie als Kolonie bezeichnete Krim ist dennoch als solche einzuschätzen, denn trotz der im russischen Kontext nicht unüblichen Kooptation der indigenen Eliten sind Merkmale kolonialer und direkter Hegemonie deutlich. Der ehemaligen krimtatarischen Titulnation war das Handlungsprimat weitgehend entzogen worden: Die russische Macht gestaltete aktiv den angeeigneten Raum, etwa durch den Bau von Städten (*gradostroenie*) oder Kolonisierung und Umsiedlungspolitik (*pereselenie*).¹⁰

REVOLUTIONEN UND WELTKRIEGE

Im Ersten Weltkrieg gab es im Schwarzmeerraum anfänglich nur geringe Truppenbewegungen und

vereinzelte Operationen zur See. Auch der Umsturz der Zarenherrschaft im Zuge der Februarrevolution 1917 verlief auf der Krim vergleichsweise ruhig. Bevölkerung und Repräsentanten der neuen Ordnung entfremdeten sich aber, und wie in anderen Teilen des russländischen Imperiums kam es zu einem Politisierungsschub nationaler Minderheiten. Wollten sich zum Beispiel Krimtatar:innen noch im Frühjahr 1917 mit kultureller Autonomie innerhalb eines demokratischen Russlands zufriedengeben, forderten sie bald die Unabhängigkeit. Nach dem Oktoberumsturz im selben Jahr eskalierte die Situation, als „Revolutionäre“ gegen bürgerliche Russ:innen vorgingen und sich Partisanen einschalteten. Die Ukrainische Volksrepublik (Ukrainska Narodna Respublika), erhob Anspruch auf das Gebiet, und krimtatarische Politiker forderten einen unabhängigen Krim-Staat, der sich später mit dem Osmanischen Reich verbinden sollte. Nach dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk zwischen Sowjetrussland und den sogenannten Mittelmächten (Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Osmanisches Reich, Bulgarien) Anfang 1918 besetzten kaiserlich-deutsche Truppen die Krim. Im November 1918 griffen Weißgardisten und mit ihnen verbündete, alliierte Truppen ein. Eine Zeitlang erschien es möglich, dass die sogenannten Weißen sich zumindest auf der Krim würden halten können, aber die Bolschewiki erwiesen sich letztlich als resilienter.

1921/22 wütete wie in anderen Teilen des verheerten Osteuropas auch auf der Krim eine Hungersnot. Erst in den Jahren darauf und durch die „Neue Ökonomische Politik“ (*Nowaja ekonomitscheskaja politika*) des Sowjetregimes wurde auch dort die Lage besser. Die 1921 gegründete krimtatarische Autonome Sozialistische Sowjetrepublik war Teil der unionsweiten Indigenisierungspolitik (russisch: *korenizacija*, „Einwurzelung“), die die nichtrussischen Nationalitäten prosowjetisch stimmen sollte. Bis Anfang der 1930er Jahre nutzte diese Politik den Krimtataren auf den Gebieten der Kultur und der politischen Teilhabe. Die harte Repressionspolitik Josef Stalins aber traf dann auch die Krim und ihre Bewohner:innen. Überhaupt zeigte sich wie bereits in zarischer Zeit, dass die Krim im Guten wie im Schlechten integraler Teil eines russischen Staates geworden war, egal welcher weltanschaulichen Ausrichtung die Regierung in Moskau anhing. Ein Beispiel waren die antireligiösen Kampagnen

⁹ Vgl. Kerstin S. Jobst, „Einnahme unmöglich“? Sevastopol' als Geschichte eines (Miss-)Erfolgs, in: Oliver Auge/Doris Tillmann (Hrsg.), *Kiel und die Marine 1865–2015. 150 Jahre gemeinsame Geschichte*, Kiel 2017, S. 161–182.

¹⁰ Vgl. Jobst (Anm. 7).

der 1920er Jahre in der Sowjetunion sowie die allgemein antireligiöse Haltung des Regimes. Diese setzte alle Glaubensgemeinschaften der Halbinsel unter Druck, obgleich der Islam in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg nicht so massiv verfolgt wurde wie die Orthodoxie.

Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 wurde die Krim bald Schauplatz von Kampfhandlungen. Das Besatzungsregime von 1942 bis Frühjahr 1944 offenbarte die ganze Bandbreite des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges. Das auf einer langen Tradition beruhende Judentum auf der Krim wurde komplett ausgelöscht, während die ebenfalls auf der Krim beheimateten nichttrabbinischen (aber sich als jüdisch verstehenden) Karäer der Vernichtung weitgehend entgingen. Die Nationalsozialisten versuchten, die krimtatarische Bevölkerung, die zuvor auch die Repressionen des stalinistischen Terrors erfahren hatte, in ihr Kollaborationssystem einzupassen, was partiell gelang. Die meisten Bewohner:innen verhielten sich, soweit das möglich war, passiv oder leisteten als Partisanen Widerstand.

Bei der Belagerung Sewastopols durch die 11. Armee der Wehrmacht unter General Erich von Manstein hielten die Sowjetarmee und die Männer und Frauen der Stadt den Angreifern 250 Tage lang stand. Der Name der Stadt gilt seither als Synonym für kollektiven Beharrungswillen im Angesicht eines militärisch, nicht aber moralisch überlegenen Gegners. Dies zeigt sich bis heute in der Gestaltung des öffentlichen Raumes mit zahlreichen Denkmälern und Erinnerungstafeln sowie die Auszeichnung als „Heldenstadt“ (*Gorod heroj*) während der Sowjetzeit. Nach der Rückeroberung der Halbinsel durch die Rote Armee 1944 erhob das sowjetische Regime gegenüber der krimtatarischen Bevölkerung den Vorwurf der Massenkollaboration mit den Nationalsozialisten. In seiner Absolutheit war dieser haltlos, dennoch diente er als Rechtfertigung für die brutale Deportation der fast 200 000 Krimtataren sowie anderer, „fremder“ Nationalitäten wie der Krimgriechen nach Zentralasien.

VON DER „UNVERGLEICHBAREN“ ZUR „VERLORENEN KRIM“?

Die Nachkriegsjahre auf der Krim standen im Zeichen der Beseitigung der massiven Kriegsschäden und der forcierten Industrialisierung der Halbinsel. Neben der Agrarwirtschaft entwickelte sich

eine der größten Kur- und Tourismusindustrien der Sowjetunion. 1954 wurden unter Parteichef Nikita Chruschtschow die Feiern des 300. Jahrestages des Vertrages von Perejaslaw begangen, bei dem die Saporoger Kosaken 1654 einen Treueeid auf den russischen Zaren Alexander I. abgelegt hatten. Im Zuge dessen wurde die Krim aus der Russischen Sowjetrepublik herausgelöst und von da an durch die Ukrainische Sowjetrepublik administriert. Russischerseits – keineswegs aber vonseiten der Ukraine – wird der historische Treueeid der Saporoger Kosaken als immerwährende Vereinigung zweier Brudervölker interpretiert.

Solange die Sowjetunion existierte, war die Übertragung der Krim von geringer Relevanz; nach ihrem Zerfall aber erwachsen daraus erhebliche Probleme, mit Auswirkungen bis heute. Debatten über die staatsrechtliche Legalität der „Chruschtschow’schen Schenkung“, der Streit um die Aufteilung der Schwarzmeerflotte und die Nutzung Sewastopols als russische Militärbasis sowie zuweilen gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen den mehrheitlich russophonen, slawischen Krimbewohnern und den sukzessive aus Zentralasien zurückgekehrten Tataren prägten zwischen 1991 und 2014 die Geschichte der Krim. Da es die Ukraine in den mehr als drei Jahrzehnten seit ihrer Unabhängigkeit nicht vermochte, das Land und damit auch die Krim prosperieren zu lassen, war die Begeisterung, mit der sich eine Mehrheit der slawischen Bevölkerung 2014 für den Anschluss der Krim an die Russländische Föderation aussprach, zum Teil auch wirtschaftlich motiviert. Sie rechtfertigt dennoch in keiner Weise das russische Vorgehen gegenüber der Ukraine vor allem seit Februar 2022. Die slawischen Krimbewohner:innen hatten sich übrigens bei einem vorherigen Referendum im Dezember 1991 mit 54 Prozent für den Verbleib der Krim als Teil der unabhängigen Ukraine ausgesprochen.

Um den separatistischen Tendenzen den Wind aus den Segeln zu nehmen, erhielt die Krim 1992 schließlich als einziges Gebiet innerhalb der Ukraine den Status einer Autonomen Republik mit gewissen Hoheitsrechten im Bereich der Finanzen, Verwaltung und Justiz sowie ein Regionalparlament. Nach der Annexion von 2014 wurde die Halbinsel eines der insgesamt 85 Uni-

11 So der von der Krim stammende, unter Pseudonym schreibende Autor Dmitri Vysoikin, Glauben an Sicherheit, 13.7.2023, <https://taz.de/Krim-Tourismus-in-Kriegszeiten/15947052>.

onssubjekte der Russländischen Föderation, und Sewastopol hat, wie bereits in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, als dritte Stadt nach Moskau und Sankt Petersburg den Status einer „Stadt föderalen Ranges“. Doch es bleibt festzuhalten: Völkerrechtlich ist die Halbinsel ein Bestandteil des ukrainischen Staates.

Das im Süden der Halbinsel milde Klima ließ die verschiedenen russischen Herrscher große wirtschaftliche Erwartungen hegen, die allerdings nur teilweise erfüllt wurden, zumal die russische Administration des 19. Jahrhunderts auf dem Gebiet der Infrastruktur und zielgerichteter Wirtschaftsförderung eklatante Versäumnisse zuließ. Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelte sich allmählich der Tourismus, der insbesondere in sowjetischer Zeit konsequent gefördert wurde. Die Krim avancierte zu einem der beliebtesten Urlaubsziele innerhalb der UdSSR; bis Ende der 1980er Jahre verbrachten jährlich bis zu acht Millionen Menschen dort ihren Urlaub. Neben einer ausgeprägten Kultur der Jugendpionierlager, die sich mit dem Hauptlager „Artek“ verbindet, entstand eine Sanatoriums- und Ge-

werkschaftsreiseindustrie. Zugleich zog die Krim auch zahlreiche Individualtourist:innen an, die im sowjetischen Kontext „wilde Touristen“ genannt wurden.

Nach dem Ende der Sowjetunion brach der Tourismus deutlich ein, erholte sich aber nach der Orangen Revolution 2004/05 und der Einführung der Visumfreiheit für viele Reisende aus dem Westen. Dadurch suchten auch diese vermehrt die Krim auf; nach der Annexion durch Russland 2014 ist die Zahl der westlichen Tourist:innen jedoch wieder eingebrochen und seit Februar 2022 fast völlig zum Erliegen gekommen. Gänzlich abschrecken von einer Reise zu diesem russischen Sehnsuchtsort lassen sich zumindest Staatsbürger:innen der Russländischen Föderation aber selbst in Zeiten des Krieges nicht.¹¹

KERSTIN S. JOBST

ist Professorin für Gesellschaften und Kulturen der Erinnerung im östlichen Europa am Institut für Osteuropäische Geschichte der Universität Wien. 2020 erschien ihr Buch „Geschichte der Krim. Iphigenie und Putin auf Tauris“.

Schon gehört?

Die APuZ gibt es auch als Podcast!



Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 26. Januar 2024

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel
Jacob Hirsch (Volontär)
Sascha Kneip
Johannes Piepenbrink (verantwortlich für diese Ausgabe)
Martin Schiller
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
www.bpb.de/apuz-podcast
twitter.com/APuZ_bpb

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG,
Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
fazit-com@cover-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International.



APuZ

Nächste Ausgabe
9–11/2024, 24. Februar 2024

IN GUTER VERFASSUNG?



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz